

# Bewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: E. Dittmer  
Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1/2  
Fernsprecher: Amt F7 Jannowitz 6191

Berlin, den 1. Oktober 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis:  
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## An die Mitglieder des Gesamt-Verbandes!

### Kolleginnen und Kollegen!

Die deutsche Arbeiterbewegung geht neuerdings schwersten Kämpfen entgegen. Unter dem unverminderten Druck der jahrelang währenden kapitalistischen Weltkrise erwartet uns ein harter Winter. Das Millionenheer der Arbeitslosen verlangt verzweifelt nach Arbeit und Brot und die noch in Arbeit Stehenden fürchten vielfach, beim Eintritt des herannahenden Winters das Schicksal ihrer arbeitslosen Klassengenossen teilen zu müssen.

Was kann uns retten? Das ist die bange Frage, die heute Wirtschaft und Volk bewegt! Die kapitalistische Wirtschaft ist offensichtlich in eine ausweglose Krise hineingeraten und ein Rettungsversuch mit nur kapitalistischen Mitteln und Methoden kann die Lage nur verschärfen. Ein solcher Versuch wird aber gegenwärtig gemacht.

„Verordnung zur Belebung der Wirtschaft“ nennt sich der gesetzgeberische Akt, den die Papen-Regierung unternommen hat, um der todkranken privatkapitalistischen Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen. Dabei fallen Milliardensteuergeschenke für die Unternehmer ab, während man die Arbeitnehmer mit neuem Lohnabbau bedrückt. In den Notverordnungen vom 4. und 5. September 1932 nimmt sich die Regierung des Herrn von Papen selbstherrlich eine Generalermächtigung, um beliebige Eingriffe auf allen Gebieten der Sozialversicherung vornehmen zu können. Dazu kommt ein stockreaktionärer Kurs, den die Regierung auf allen Gebieten der deutschen Innenpolitik steuert. Zu allem Ueberfluß hat sie dem deutschen Volke abermals einen Reichstagswahlkampf aufgezwungen. Soll auch diese Maßnahme der „Belebung der Wirtschaft“ dienen? Das vermag kein vernünftiger Mensch einzusehen, wohl aber zeigt sich mit jedem neuen Tage deutlicher, daß sich das Regime des Papen-„Präsidential-Kabinetts“ als rücksichtsloser Klassenkampf von obenher gegen die Arbeitnehmer auswirkt.

In dieser Situation ist für die Arbeiterklasse die Zusammenfassung aller Kräfte notwendiger als jemals.

Selbstverständlich, daß wir im Reichstagswahlkampf alle unsere Kräfte aufbieten werden, um den Diktatoranbetern, mögen sie nun von Papen, Hitler oder Thälmann heißen, die Staatsmacht zu entreißen. Der Anschauungsunterricht, den das deutsche Volk gegenwärtig durchmachen muß, führt den schlüssigen Beweis, daß es ohne Demokratie keine Freiheit, keinen Aufstieg der Arbeiterklasse und keinen Sozialismus gibt.

Ueber die Mittel des politischen Kampfes hinaus aber bedürfen die Arbeiter, Angestellten und Beamten zur Wahrung ihrer Lebensinteressen einer starken gewerkschaftlichen Organisation. Auf dem Boden der gewerkschaftlichen Organisation vor allem muß die Einheitsfront aller Schaffenden hergestellt werden.

Wir wenden uns deshalb erneut an die gesamte Verbandsmitgliedschaft mit der Aufforderung, in der vor uns liegenden Zeit mit verstärkter Kraft für den weiteren Ausbau des Gesamt-Verbandes zu wirken.

Die Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 31. März 1933 soll dazu benutzt werden, einen neuen Werbefeldzug für unsere Organisation planmäßig durchzuführen.

Dabei rufen wir namentlich unsere weiblichen Mitglieder, insbesondere unsere Verbandsjugend, zur Mitarbeit auf. Von der gesamten Kollegenschaft erwarten wir, daß sie zur Stelle ist, daß keiner zurückbleibt, und jedes Mitglied — gleichviel ob Mann oder Frau — seinen Ehrgeiz daransetzt, zum Wortführer und Bannerträger des gewerkschaftlichen Organisationsgedankens in diesem neuen Werbefeldzuge des Gesamt-Verbandes zu werden.

Grundlage und Inhalt unserer neuen Werbearbeit bleiben die Schlußsätze aus unserem Verbandsprogramm:

„Kampf um den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg der Berufskollegenschaft — gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus — das ist unser Programm! Die Durchführung unserer großen Ziele erfordert die einheitliche organisatorische Zusammenfassung unserer gesamten Berufskollegenschaft in der Einheitsorganisation. Indem wir unsere gewerkschaftliche Macht stärken, schwächen wir die Macht des Kapitalismus. Für die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs gibt es keinen anderen Weg, der sicherer zum Ziele eines freien und wahren Menschentums führt, als den

## Anschluß an den Gesamt-Verband!“

### Der Verbandsvorstand.

Becker. Bender. Dittmer. Kemptner. Müniner. Orlopp. Polenske. Reißner. Reitz. Riedel. Rudolph. Scherff. Schreiber. Schulz. Stetter.

Beiche (Güter und Forsten). Beyersdorff (AEG.). Borchardt (Transport). Busch (Gärtnerei). Eichner (Berliner Elektrizitätswerke. Eiffert (Reichsdruckerei). Eilitz (Gaswerke). Flieger (Straßenbahn). Gillmeister (RDK.). Grollmus (Berufsfeuerwehr). Elsbeth Großklags (Gesundheitswesen). Heckmann (Gaskoks-Syndikat). Heidemann (Reichs- und Staatsbetriebe). Hepprich (Hoch- und Tiefbau). Kamin (Wasserwerke). Kammermeier (Berliner Elektrizitätswerke). M. Krause (Straßenreinigung). P. Krause (Großhandel). Kube (Transport). Kuchenbecker (Park und Friedhof). Mänz (Kraftfahrer). Oestmann (Reichspost). Margarete Philipp (Hausangestellte). Pucalka (Einzelhandel). Schmahli (Hausangestellte). Ullrich (Nahrungsmittel). Vollberg (Gesundheitswesen).

# Unsere Werbearbeit mit dem Jahrbuch des G.-V. 1931



Vor einiger Zeit ist das Jahrbuch unseres Verbandes erschienen und den Filialen zugestellt worden. Dieselben haben auch Funktionäre und Kollegen, die sich besonders in der Agitation betätigen, das Jahrbuch angefordert und als Unterlage für die Werbearbeit von Mund zu Mund benutzt. Wir halten das für außerordentlich erfreulich und möchten mit diesem Hinweis darauf dringen, daß noch weit mehr Kollegen sich eingehend mit unserem Jahrbuch beschäftigen und die Fülle des Materials für die Agitation verwenden. Dabei stützen wir uns nicht so sehr auf den ersten Teil des Jahrbuches, der die interessanten Kapitel über die gesamte Wirtschaftslage, über Kommunalwirtschaft und Verkehrswirtschaft sowie über die Sozialpolitik im Jahre 1931 enthält. Entscheidend für unsere Werbearbeit ist der zweite Teil, in dem die Tätigkeit und Entwicklung unseres Verbandes ausführlich geschildert wird.

Will man sich ein Bild machen von der Entwicklung unseres Verbandes, so ist vor allen Dingen als Unterlage die Mitgliederbewegung heranzuziehen. Da können wir mit einem gewissen Stolz darauf hinweisen, daß trotz aller Not der Zeit unser Mitgliederbestand Ende 1931 immer noch 618 312 Mitglieder aufweist. Das ist mit Rücksicht auf die ungeheure Schärfe der Krise ein Abfallen um 8,2 Proz. in der Mitgliederzahl. Allerdings müssen wir uns dabei in Erinnerung bringen, daß etwa 17 Proz. unserer Mitglieder arbeitslos sind, weitere 20 Proz. sind Kurzarbeiter, so daß die aktive Kraft unserer Mitglieder natürlich höchstens zu zwei Dritteln der Gesamtmitgliederzahl zu bewerten ist. Immerhin eine stattliche Schar von Kämpfern! Das geht auch aus folgender Zusammenstellung über die Dauer der Mitgliedschaft hervor, die uns zeigt, daß nur 6,6 Proz. der Mitglieder = 40 000 bis zu einem Jahr Mitglied waren, während von 1 bis 5 Jahren Mitgliedschaft bereits über 230 000 Mitglieder aufweisen, 5 bis 10 Jahren Mitgliedschaft weisen 22 000 Kollegen auf, 10 bis 20 Jahre Mitgliedschaft 166 000, 20 bis 25 Jahre 31 000 und über 25 Jahre Mitgliedschaft immer noch 25 221 Mitglieder.

Will man die Werbekraft eines Verbandes richtig bewerten, so sind zwei Dinge in Betracht zu ziehen. Einmal das Ausbreitungsgebiet mit fast 1000 Ortsverwaltungen. Aber wir zählen in unserem zuständigen Agitationsgebiet weit über 2 Millionen Berufsangehörige. Es gibt also noch eine ungeheure Ausbreitungsmöglichkeit. Wie steht nun in diesen Krisenzeiten die Werbekraft überhaupt? Wir haben immerhin im Laufe des Jahres neben 52 000 Neueintritten über 7000 Uebertritte zu verzeichnen, so daß

**unsere Agitation nahezu 60 000 Kollegen und Kolleginnen neu erfaßte.**

Wir wollen das Kapitel „Presse“ hier übergehen, weil unsere Leser ja fortgesetzt auf dem laufenden gehalten werden durch unsere „Gewerkschaft“ und besonders im letzten Jahr die Tendenz zum Einheitsorgan sich ziemlich weitgehend durchsetzen konnte. Wir möchten nur den Wunsch wiederholen, daß unsere Presse — unser bestes und wirkungsvollstes Werbemittel — noch mehr ausgenutzt wird durch eifriges Lesen und Weitergabe an die Unorganisierten.

Ein besonderes Kapitel beschäftigt sich auch mit der Propaganda und Werbearbeit des letzten Jahres und weist darauf hin, daß unsere Werreaktion im Vorjahre doch recht gute Erfolge aufzuweisen hat. Aus diesem Grunde haben wir uns auch in diesem Jahr entschlossen, die Werbearbeit auf eine noch breitere Basis zu stellen. Der Aufruf des Verbandsvorstandes eröffnet diese Agitationsarbeit, und wir hoffen, daß alle Funktionäre, ja die gesamte Kollegenschaft

trotz aller Hemmnisse und wirtschaftlichen Nöte alles daran setzen, um unseren Verband stark und schlagkräftig zu machen. Wir müssen einen noch viel größeren Einfluß gewinnen in den einzelnen Berufsgruppen und Sparten, was nur durch Erhöhung des Prozentsatzes der Organisierten erreicht werden kann. Und der Hinweis in unserem Jahrbuch, daß die Bildungsarbeit der beiden letzten Jahre in der Bundes-schule Bernau allein 1300 Kollegen und Kolleginnen erfaßt hat, gibt uns die Gewähr dafür, daß unsere Werbearbeit auch planmäßig und mit Sachverständnis in der Kleinagitation angepackt werden kann. Dabei wollen wir nicht vergessen, daß in zahlreichen Ortsverwaltungen unseres Verbandes seit vielen Jahren eine systematische Bildungsarbeit mit Kursen und Veranstaltungen geleistet wird, die für die Werbearbeit gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Natürlich brauchen wir auch beweiskräftige Zahlen für unsere Agitation. Dazu dienen uns insbesondere auch die ausführlichen Angaben über unser Unterstützungswesen und die gesamten Kassenverhältnisse. Zwar haben sich die Einnahmen durch Beiträge gegenüber dem Vorjahre von 30 Millionen auf 26 Millionen, also um fast 13 Proz., gesenkt. Andererseits sind die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung usw. noch weiterhin gestiegen, so daß, wenn wir alle Unterstützungsarten zusammenrechnen, eine

**Gesamtunterstützungsleistung von über 12 Millionen Mark** aufzuweisen ist. Davon für Arbeitslosenunterstützung 3,8 Millionen, für Krankenunterstützung 3,4 Millionen, für Streik- und Gemäßregelunterstützung 423 000 und für Rechtschutz über 360 000 Mark. Etwa 90 Proz. hiervon sind von der Hauptkasse und 10 Proz. von der Ortskasse aufgebracht worden. Die ungeheure Not unserer Zeit charakterisiert sich auch dadurch, daß für Unterstützungen in besonderen Notfällen fast 430 000 Mark ausgegeben werden mußten.

Unsere Invalidenunterstützung ist bekanntlich noch im Aufbau begriffen und gibt im jetzigen Zahlenmaterial noch kein klares Bild über ihre Auswirkung in den Einzelheiten. Hingegen sind die Ausgaben für unsere „Rentka“ (Renten-, Pensions-, Sterbe-Zuschußkasse) als Rentenzuschuß von 6600 Mark (1930) bereits auf die gewaltige Summe von 112 000 Mark im Jahre 1931 gestiegen, während der Sterbegeldzuschuß sich auf 12 000 Mark gesteigert hat. Die Gesamtausgaben der „Rentka“ betragen 1931 287 500 Mark (gegen 138 000 Mark im Jahre 1930).

Auch die „Fakulta“, unsere freiwillige Rechtschutz- und Haftpflichtunterstützung, weist eine leichte Rückentwicklung auf infolge der Krise. Die Gesamtmitgliederzahl fiel von 60 900 auf 57 000, wovon 54 000 Kraftfahrer waren. Die Gesamteinnahmen der „Fakulta“ betragen 732 000 Mark (1930: 784 000 Mk.). Die Leistungen der „Fakulta“ können ebenfalls in der Agitation sehr gut verwandt werden. So wurden allein für Rechtschutz 63 000 Mark in erster Instanz ausgegeben, in zweiter Instanz fast 20 000 Mark. An Schadenersatz (pro Rentenfall 600 Mark Haftpflicht) wurden in 3084 Fällen 220 500 Mark ausbezahlt. Dazu kam noch Unterstützung in Todesfällen mit 12 500 Mark usw. Die Gesamtsumme der „Fakulta“-Unterstützungen betrug nahezu 320 000 Mark.

Wir dürfen also unser Jahrbuch für die Werbearbeit nicht vergessen und müssen alle nicht organisierten Kollegen auf die ungeheure Bedeutung der Verbandsmitgliedschaft hinweisen, indem wir ihnen das reichhaltige Material unseres Jahrbuches zur Kenntnis bringen.

E. Dittmer.

## Kommunistisches Gewerkschaftstobwabohu

Im Parolenschmieden, nicht nur auf politischem, sondern auch auf gewerkschaftlichem Gebiete sind die Kommunisten unübertrefflich. Solange es eine KPD. gibt, hat es bei ihr ein fortwährendes Durcheinander über die Frage gegeben, ob ihre Anhänger in die Gewerkschaften eintreten, wieder austreten oder drinbleiben sollen. Hier der Nachweis für den, der das vergessen oder infolge seiner Jugend nicht erlebt hat:

Auf dem Gründungsparteitag der KPD. im Dezember 1918 äußerte Fröhlich-Hamburg, Mitglied der Zentrale (Protokoll Seite 16): „Für uns kann es nur eine Parole geben: **Heraus aus den Gewerkschaften!**“

Im September 1919 erschien parteioffiziell eine Broschüre Karl Radecks unter dem Anonym Arnold Strudhahn über „Die Entwicklung der deutschen Revolution“. Auf Seite 13 ist zu lesen: „Eine wirtschaftliche Organisation ohne große Massen ist ein Un Ding, und deshalb ist die Spaltungsparole auf dem gewerkschaftlichen Gebiet reaktionär.“ Die Parole lautete also wieder: **Hinein in die Gewerkschaften!**

Der 2. Kongreß der kommunistischen Internationale, der im Juli/August 1920 in Moskau tagte, erließ in einer Resolution Leitsätze zur gewerkschaftlichen Frage. Es heißt da: „Da die Kommunisten Ziel und Wesen der gewerkschaftlichen Organisation höher stellen als ihre Formen, dürfen sie vor einer Spaltung nicht zurückschrecken.“ Die Parole lautet wieder: **Heraus aus den Gewerkschaften!**

Der 3. Kongreß der kommunistischen Internationale 1921 (Thesen und Resolution des dritten Weltkongresses der KJ., Seite 78) beschloß: „In Deutschland ist die Partei auf dem besten Wege, allmählich die Gewerkschaften zu gewinnen. Auf keinen Fall sollen den Anhängern der Parole: „Heraus aus den Gewerkschaften“ Konzessionen gemacht werden.“ Die Moskauer Parole lautet: **Bleibt in den Gewerkschaften!** Und daraufhin beschloß der 2. Parteitag der KPD. im August 1921 in Jena: „Parteimitglieder, die für den Austritt aus den Gewerkschaften Propaganda machen, verstoßen gegen grundlegende Parteibeschlüsse und sind aus der Partei auszuschließen.“

In dem Aufruf des 3. Parteitages der KPD. vom 10. Mai 1924 heißt es: „Kampf bis aufs Messer der ganzen Sozialdemokratie. Deshalb ist die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften zu verhundertfachen.“ Die Parole lautet: **Die Gewerkschaften von innen heraus sprengen!**

Im Juli 1924 spricht sich der 3. Kongreß der RGJ. wieder klar für die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung aus; er fordert die Gründung einer „Dereinigten Gewerkschafts-Internationalen“ und zwecks Verschmelzung der Amsterdamer und der Roten Gewerkschafts-Internationalen die Einberufung eines internationalen Vereinigungskongresses.

Schon im April 1925 kommt eine radikale Schwankung, indem Solowki, der Sekretär der RGJ., den „Kampf gegen die reformistischen Gewerkschaften bis zu ihrer Vernichtung“ fordert. (Internationale Presse-Korrespondenz vom 13. April 1925.)

Der Ekki-Brief vom August 1925 (Der neue Kurs. Verlag 3K. der KPD. vom 25. September 1925, Seite 45) sagte: „Die gewerkschaftsfeindliche Propaganda in den Reihen der Partei wird nicht genügend bekämpft. Der Kampf um die Einigkeit der Gewerkschaften ist ein Teil der bolschewistischen Strategie!“

In den Jahren 1926 und 1927 erfolgten keine neuen Parolen, weil in der KPD. ein großer Richtungsstreit über die Gewerkschaftspolitik ausbrach. Der 6. Kongreß der kommunistischen Internationale im Jahre 1928 befahl wieder eine neue Schwankung. Im Protokoll, Band 4, Seite 31, heißt es: „In günstigen Situationen müssen wir gewerkschaftliche Kämpfe auch gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie führen und Lokalorganisationen sollen aus den Gewerkschaften austreten.“

Der 12. Parteitag der KPD. im Juni 1929 (Protokoll Seite 68/69) beschloß auf Vorschlag des Gewerkschaftsreferenten Merker: „Es sind eigene Betriebsräte gegen die Gewerkschaften und eigene Streikleitungen zu wählen.“ Damit wurde zur Bildung sogenannter revolutionärer Betriebsräte gegen die Gewerkschaften aufgerufen.

Nach dem März-Plenum des Ekki 1930 polemisierte Remmels in der kommunistischen Presse scharf gegen Merker und meinte: „Die Ausschaltung des kommunistischen Einflusses in den Gewerkschaften sei widersinnig.“ Trotzdem begannen jetzt die Gründungen der roten Verbände. Die Parole lautete: „Heraus aus den reformistischen, hinein in die roten Gewerkschaften!“

Im Mai 1931 schwankten die RGJ.-Strategen wieder um. Es hieß wieder, daß innerhalb der reformistischen Gewerkschaften stärkste Oppositionsarbeit entfaltet werden muß.

In der Entschließung des Zentralkomitees der KPD. klingt schon wieder ein anderer Ton. Es heißt da: „Rascher und fetter Aufbau der RGJ. einschließlich der roten Einheitsverbände zu umfassenden gewerkschaftlichen Massenorganisationen des Proletariats.“

Und jetzt, 1932, soll nach Auffassung der KPD.-Zentrale wieder die Oppositionsarbeit in den Gewerkschaften in verstärkter Maße aufgenommen werden. Dabei steht Zerspaltung der Kräfte und Putztaktik an erster Stelle. Organisierte und Unorganisierte sollen Ausschüsse bilden und Kämpfe über die Köpfe der Führer einleiten und durchführen.

Trotz diesem Hüh und Hott, Hin und Her, Rein und Raus, bei dem sich kein Mensch zurechtfindet, bringen es die KPD.-Strategen fertig, über angebliche Schaukelpolitik der Gewerkschaften zu schwadronieren. Zu bedauern sind nur die Arbeiter, die diese sonderbaren Politiker als ihre Führer betrachten.

## UNSERE JUGEND

**Jugend, Achtung! Die Reaktion greift nach dir!**

Der neueste Erlass des Reichspräsidenten, der die Errichtung eines „Reichskuratoriums für Wehrhaftmachung der Jugend“ unter Leitung eines Generals vorsieht, bedarf dringendster Beachtung gerade in den Kreisen der Arbeiterorganisationen, die es sich zur Aufgabe gestellt haben, in sozialistischem Sinne erzieherisch auf die Jugend einzuwirken. Der entschiedene Protest aus nationalsozialistischen Kreisen ist ja eher aus Konkurrenzgründen zu erklären, als aus dem Willen, der staatlichen Beeinflussung zu entgehen. Unser Protest diesem Projekt gegenüber darf sich nicht allein auf eine Verwahrung gegenüber dem Reichsinnenministerium beschränken, sondern muß zum offenen Kampf der sozialistischen Jugend gesteigert werden.

Der Wunsch, von Staats wegen Einfluß auf die Jugend zu erhalten, ist ja nicht erst ein Projekt der Dapen-Regierung. Und wenn der Staat sich nur ausbedingen würde, die vorhandenen Jugendorganisationen anzuhalten, ihre Mitglieder im staatsbejahenden Sinne zu erziehen, so könnten wir das noch verstehen. Aber was jetzt gemacht werden soll, geht weit darüber hinaus. Der Verlust des Heeresdienstes soll durch wehrsportliche Betätigung ersetzt werden. Unter diesem Begriff verbirgt sich alles das, was die Reaktion schon seit Jahren anstrebt und leider auch bereits mit Erfolg erreicht hat (siehe Stahlhelm, SA. u. dgl.), nämlich Züchtung eines Revanchegeistes, Ausschaltung jeder freizeithilflichen Regung, bedingungsloses Unterordnen durch bewußtes Herausstellen von Herrschenden und Beherrschten. In welcher Weise das Kuratorium nun ans Werk gehen will, läßt sich im Augenblick zwar noch nicht feststellen, aber daß es an die speziell den Aelteren bekannten Methoden des fattsam bekannten „Jugend-Deutschland-Bundes“ anknüpfen wird, dürfte wohl von keiner Seite bestritten werden.

Wir als Jugend der Freien Gewerkschaften haben die Pflicht, uns rechtzeitig gegen jede Bestrebung zu wenden, die auch nur mit dem Gedanken spielt, mit diesem Kuratorium in Verbindung zu treten. Wir stehen mit unseren Zielen und unserer bisherigen Erziehungsarbeit in einem solchen ausgesprochenen Gegensatz zu den reaktionären Methoden, daß eine Mitarbeit der Gewerkschaften gleichbedeutend mit einer Abgabe an unsere bisherige Arbeit ist. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die neuen „Jugend-erzieher“ versuchen, durch Druck etwa widerstrebende Organisationen für die Mitarbeit im Rahmen der Zielsetzung des Kuratoriums zu zwingen. Jetzt gilt es zu zeigen, daß die Jugend gewillt ist, das Erbe der Väter zu bewahren. Unter Kämpfen und persönlichen Opfern ist unsere Bewegung groß geworden, und im Kampf werden wir die Bewegung erhalten. Schon zuviel Kompromisse haben wir eingehen müssen, doch jetzt darf es keins mehr geben. Sozialistische Jugend, wehre dich, der Klassenfeind bereitet sich zum Generalangriff vor! Er will dich für sich gewinnen, seine wankenden Positionen sollst du stützen. Wer dafür seine Hand zu reichen gewillt ist, der verlasse unsere Reihen, ihr andern aber kämpft mit allen Mitteln gegen die Reaktion. K. K.

## Wir fordern Vereinheitlichung der Elektrizitätswirtschaft!

Die deutsche Elektrizitätswirtschaft hat in den letzten 10 bis 20 Jahren eine Entwicklung genommen, welche die anfangs entstandenen zahlreichen kleinen, dem örtlichen Bedarf dienenden und im ganzen Land zerstreut liegenden Steinkohlenkraftwerke immer mehr durch wenige Großkraftanlagen verdrängt. Bei der großen Zukunftsmöglichkeit, welche der Elektrizitätsversorgung zweifellos noch bevorsteht, ist es von größter Bedeutung, wer der Träger der öffentlichen Stromerzeugung und -verteilung ist. Noch während des Krieges befanden sich nur 40 Proz. der Kraftenergie im Besitz der Kommunen, die damals allein die öffentliche Hand in der Elektrizitätswirtschaft vertraten. Nach und nach gingen einzelne Länder dazu über, die Stromversorgung in eigene Regie zu übernehmen. Daneben schlossen sich in den Kriegs- und Nachkriegsjahren im wachsenden Umfange die Gemeinden zu Gemeinschaftswerken zusammen und Kreise und Provinzen wurden vielfach Träger dieser interkommunalen Werke. Dazu kam nach dem Kriege das Reich, das in den Elektrowerken eines der größten Stromerzeugungsanlagen aufbaute. Auf diese Weise entstanden überall in Deutschland große geschlossene Elektrizitätswirtschaftsgebiete, bei denen die öffentliche Hand immer stärkeren Einfluß gewann. Der

**Anteil der öffentlichen Hand an der Elektrizitätsversorgung wird sich zurzeit auf rund 76 Proz.**

stellen.

Trotz der Errichtung von Großkraftanlagen ist die Zersplitterung in der Stromerzeugung noch außerordentlich groß. Zurzeit bestehen noch etwa 7000 Kraftanlagen, davon sind rund 1500 öffentliche Elektrizitätswerke mit einer Erzeugung von 15,9 Milliarden Kilowattstunden im Jahre 1930. Die übrigen 5500 Eigenanlagen hatten im gleichen Jahre eine Stromerzeugung von 13 Milliarden Kilowattstunden. In den Jahren 1929 und 1930 sind rund 400 Eigenanlagen stillgelegt worden. (Im Jahre 1907 gab es rund 273 000 Anlagen.) Der Einfluß auf die Gesamterzeugung durch die kleinen Werke geht immer weiter zurück.

**10 Proz. der öffentlichen Werke leisten 88 Proz. der verbrauchten Energie,**

so daß auf die restlichen 90 Proz. der Werke nur noch 12 Proz. der gesamten öffentlichen Stromerzeugung entfallen.

Reich, Länder und Gemeinden haben aus den von ihnen betriebenen Elektrizitätswerken immer größere Gewinne gezogen, wie nachfolgende Tabelle zeigt:

Staatsjahr	Insgesamt Millionen Mk.	Davon Gemeinden und Gemeindeverbände Millionen Mk.
1913/14	55,6	51,7
1925/26	155,5	141,8
1926/27	213,0	196,1
1927/28	236,5	216,8
1928/29	?	266,8
1929/30	?	287,1

Diese Zahlen sind jedoch keineswegs erschöpfend, da insbesondere die kommunalen Werke vielfach Strom für öffentliche Beleuchtung und andere Zwecke unentgeltlich oder zu ermäßigten Preisen liefern.

Unter diesen Umständen ist es erklärlich, wenn das Privatkapital versucht, und zwar häufig mit Unterstützung der ausländischen Finanzwelt, diese Betriebe in seinen Besitz zu bringen. Ausgenutzt wird dazu die seit Jahren bestehende finanzielle Notlage der Gemeinden, die deshalb nur zu leicht gewillt sind, ihre Beteiligung an öffentlichen Betrieben aufzugeben oder ihre eigenen Werke zu verkaufen oder zu verpachten. Ein Beispiel aus den letzten Jahren ist die Umwandlung der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen. Hier hat die „Public Utility Holding Corporation of America“ auf dem Umwege über das deutsche Finanzkapital großen Einfluß gewonnen. Die Gesfürel (Gesellschaft für elektrische Unternehmungen), hinter der die Sofina mit ihren europäischen und amerikanischen Finanzgruppen steht, hat ebenfalls die Situation ausgenutzt und verschiedentlich städtischen Besitz an

Elektrizitätsunternehmen übernommen. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wurden städtische Elektrizitätswerke in großer Zahl dem vom Privatkapital beherrschten Elektrowerk, dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk, übereignet. Die Uebergabe der Aktienmehrheit der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke an ausländische Finanzgesellschaften beleuchtet bligartig die Situation. Hinzu kommt, daß die privatmonopolistische Entwicklung gefördert wird durch die überragende Stellung, welche AEG. und Siemens-Schuckertwerke in der Elektroindustrie einnehmen. Aus all diesen Gründen ist es notwendig, scharf darüber zu wachen, daß eine weitere Verschleuderung öffentlichen Besitzes nicht erfolgt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in der letzten Sitzung des Reichstages folgenden **G e s e h e n t w u r f** eingebracht:

### Entwurf eines Gesetzes über Vereinheitlichung der Elektrizitätswirtschaft.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1. Die der öffentlichen Versorgung dienenden Privatunternehmungen der Elektrizitätserzeugung und -verteilung werden verstaatlicht.

§ 2. Die privaten Beteiligungen an gemischtwirtschaftlichen Elektrizitätsunternehmen werden in öffentliches Eigentum überführt.

§ 3. Die Verstaatlichung erfolgt unter Führung des Reichs. Das Reich kann seine Rechte auf Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) übertragen, die an diesen Unternehmungen ein überwiegendes Interesse haben.

§ 4. Die Entschädigung erfolgt nach dem tatsächlichen Nutzungswert der Anlagen, höchstens jedoch zu den Börsenkursen vom 1. Juli 1932.

§ 5. Zum Zwecke der Verbesserung und Verbilligung der Stromversorgung ist die gesamte öffentliche Elektrizitätswirtschaft unter Leitung einer Reichsstelle zu vereinheitlichen und planmäßig auszubauen.

Wird dieser Entwurf im Reichstag angenommen, dann hört das Neben- und Gegeneinanderarbeiten in der Elektrizitätswirtschaft auf. Im Jahre 1928 wurde zwar eine Aktiengesellschaft für Deutsche Elektrizitätswirtschaft (Deutsch-Elektra) gegründet mit der Aufgabe, den wirtschaftlich-rationellen Stromtausch und den gemeinsamen Leitungsausbau zu fördern. Trotzdem seit der Gründung der Deutsch-Elektra nun eine geraume Zeit vergangen ist, kann von einer planmäßigen Reichselektrizitätswirtschaft bis zur Stunde keine Rede sein. Die Interessen der einzelnen Gruppen lassen sich gegenseitig nicht überbrücken. Dies muß deshalb auf dem Gesetzeswege geschafft werden. Die Erfahrungen, die Länder- und Gemeinden in den letzten Jahren in der Elektrizitätswirtschaft gesammelt haben, sind bei Schaffung des Gesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen nutzbringend zu verwerten.

Im aufgelösten Reichstage war rein theoretisch gesehen für Schaffung eines solchen Gesetzes eine Mehrheit vorhanden. Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten verfügten über eine erdrückende Mehrheit. Das gleiche dürfte auch im neu zu wählenden Reichstag der Fall sein. Die Nationalsozialisten müssen nun zeigen, ob sie ihre Auffassung und ihre Wahlversprechungen über Vergesellschaftung der dafür reifen Industriezweige wahr machen wollen.

Im Kampf für die Umgestaltung unserer Wirtschaft spielt die Sozialisierung der Energiewirtschaft eine führende Rolle. Die Sozialdemokratie wird gemäß ihres Parteiprogramms immer wieder fordern, daß Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, der kapitalistischen Ausbeutung entzogen werden, um diese in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Die Arbeitnehmer der Werke und ihre gewerkschaftliche Organisation werden bei Umgestaltung unserer Wirtschaft in erster Reihe kämpfen.

Josef Orlopp.

## Die preußische Verwaltungsreform

Wenn jemals der Beweis dafür erbracht worden ist, daß die freien Gewerkschaften imstande sind, auf der Grundlage ihrer Weltanschauung eine Entwicklung vorzusehen, so dürfen wir uns heute rühmen, das 1928 getan zu haben. Wir sagten damals, daß Deutschland nur die Entscheidung habe, entweder ein zentralistisch regiertes Land, in dem eine seelenlose Bürokratie herrscht, oder eine lebendige Demokratie, die in der kommunalen Selbstverwaltung wurzelt, zu werden. Die demokratischen Kräfte in Deutschland sind zu schwach gewesen, das zweite zu erreichen. Es ist konsequent, daß sich nunmehr die Bürokratie auf der ganzen Linie in der Verwaltung durchzusetzen versucht. Das ist der Sinn der preußischen Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 3. September 1932. Ihre Verfasser behaupten zwar das Gegenteil. Sie wollen diese Verordnung als das größte Reformwerk nach den Reformen des Freiherrn vom Stein verstanden wissen. Wir wollen darüber keine harten Worte sagen, meinen aber doch, daß derjenige, der die Nassauische Denkschrift und die Städteordnung vom 19. November 1808 einmal im Wortlaut wirklich durchgelesen hat, eine solche Behauptung nicht aufstellen kann. Steins Ziel war die Erweckung der lebendigen Kräfte der Nation. Das Ziel der Verordnung vom 3. September 1932 ist die Stabilisierung der Herrschaft der hohen Bürokratie.

Wer die preußische Verwaltung mit dem Endziel ihrer Eingliederung in das Reich zum Zwecke der Reichsreform reformieren will, muß sich zuerst über die geschichtliche und gesellschaftliche Eigentümlichkeit dieses Verwaltungskörpers klar werden. Die Zweigleisigkeit zwischen Selbstverwaltung und Staatsverwaltung ist aus dem gesellschaftlichen Kompromiß zwischen Bürgertum und Junkerkaste entstanden. Amtsvorsteher und Landrat sind eben so sehr Repräsentanten des Feudalismus, wie Stadtverordnetenversammlung und Magistrat Bürgertum und Kommunalfreieinn vertreten. Die Bezirksregierungen sind ohne ihre ursprüngliche Zweckbestimmung als Kriegs- und Domänenkammern überhaupt nicht zu verstehen. Es ist selbstverständlich, daß der Versuch, den ökonomischen und sozialen Bedürfnissen des kapitalistischen Zeitalters in der Verwaltung dadurch gerecht zu werden, daß man eine Sonderbehörde nach der anderen in dieses Gerüst hineinhaut, schließlich zu einer Anarchie der Zuständigkeiten führt. Daß das allgemeine Wahlrecht, welches das Eindringen des Proletariats in die feudalen Grundlagen ermöglichte, die Zustände nur noch verschlimmern mußte, liegt auf der Hand. Nun soll das Bündnis der angeblich überparteilichen Bürokratie das Ganze retten. Sehen wir zu, wie das gemacht werden soll.

Jeder vernünftige Mensch wird der Meinung sein, daß man

dazu bei der Urzelle des Staates, den Gemeinden, beginnen muß. Die Verordnung vom 3. September 1932 läßt jedoch hier alles beim alten. Was tatsächlich geschieht, ist eine Verschärfung der Staatsaufsicht und eine Auslieferung der öffentlichen Wirtschaft der Gemeinden an ihre Gläubiger. Man vergleiche dazu nur die Vorschriften über die Zwangsvollstreckung gegen Gemeinden und Gemeindeverbände (§ 43) und über die Zwangsetatifizierung zum Zwecke der Erfüllung gerichtlich festgestellter Verbindlichkeiten (§ 46) mit dem absoluten Vollstreckungsschutz, den sich der preußische Staat in § 30 der Verordnung geschaffen hat, um sofort zu erkennen, wie rechtlos die Gemeinden gemacht werden.

Das Hauptinteresse des Ordnungsgesetzgebers wendet sich den staatlichen Kreis- und Mittelbehörden zu. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden. Denn die preußischen Landkreise sind in ihrer Zuständigkeit, wenn wir ihre Rechtsstellung als Bezirksfürsorgeverbände, die sie durch Reichsrecht erhalten haben, hier ausnehmen wollen, im allgemeinen auf dem Stande der achtziger Jahre sitzen geblieben. Noch immer bilden in den Kreisen Medizinal- und Deterinärverwaltung eigene Behörden. Die Schulverwaltung ist für die Volks- und Fortbildungsschulen bei den Bezirksregierungen konzentriert. Die Kreisärzte fungieren nur als Außenbeamte der Regierungen. Gleiches gilt für die Verwaltung der höheren Schulen durch die Provinzialschulkollegien bei den Oberpräsidenten. Zu dem hat die Provinzialverwaltung für Straßenbau usw. und Anstaltsverwaltung eine große Reihe von selbständigen Außenbehörden in den Kreisen geschaffen. Von den selbständigen Staatsverwaltungsstellen, die dem Regierungs- oder dem Oberpräsidenten unterstehen, wollen wir schon gar nicht reden. So kann es durchaus geschehen, daß sich in ein und demselben Landkreis ein halbes Duzend Behörden um eine an sich belanglose Sache bemühen. Hier eine Vereinheitlichung zu schaffen, ist eine Forderung, die in ihrer puren Selbstverständlichkeit einer Begründung nicht bedarf. Alle, die sich bisher gutachtlich um eine Reform der Kreisverwaltung bemüht haben, bekennen sich zu dieser Forderung. Sie wurde schon 1927 in dem Gutachten des derzeitigen sächsischen Ministerpräsidenten Schieck zur sächsischen Verwaltungsreform vertreten. 1929 hat sich ihr der Reichssparkommissar in den Gutachten über Thüringen und Hessen und neuerdings auch in seinem Gutachten über Württemberg angeschlossen. Die preußische Verordnung vom 3. September tut nun auch so, als ob die Art und Weise jedoch, wie in den §§ 12, 13, 15, 18 und 19 die Vereinheitlichung der Kreisbehörden durchgeführt werden soll, erfordert schärfsten Widerspruch. Zunächst beschränkt man sich auf die Kannbestimmungen. Anstatt klar auszusprechen, daß allgemeine Verwaltung, Bauverwaltung

## Ballade vom Gebatter Tod

Ich traf ihn in der Straßenbahn. Wir fuhren beide nach Hause. Er ist mir seit langem Freund, Gewerkschaftskollege und Parteigenosse. Beide stehen wir im Dienste der Stadt, sind „Kommuner“. Er ist Bestattungsgeselle oder, wie der Volksmund dafür sagt: Leichenträger. Ich arbeite im städtischen Elektrizitätswerk. Erst saß er in seinem schwarzen Anzug einige Bänke vor mir. Eine aufgeplusterte Dame saß neben ihm. Eine feine Dame sage ich euch! Sie war fast so elegant wie hochnässig. Ein Platz wurde frei. Im nächsten Augenblick hatte sie den Platz verlassen und setzte sich einige Reihen hinter ihn. Ich gesellte mich zu ihm. Natürlich kamen wir sofort ins Gespräch. Wir hatten uns lange nicht gesehen. Nun fragte er, was ich treibe, ob meine Arbeit gefährlich oder unangenehm sei.

Nun, sagte ich, über das Unangenehme läßt sich noch reden; aber äußerst gefährlich ist sie bestimmt. Verdammte, da heißt es aufpassen. In der Bude, an der Maschine weiß man Bescheid. Transmmissionen warnen, rasende Räder zwingen zur Aufmerksamkeit, alles „gangbare Zeug“ ist gefährlich. Aber bei uns? Da hörst und siehst du nichts. Einfache, harmlos aussehende Kupferleitungen: 6000 Volt. Eine unbedachte Bewegung, eine kurze Berührung und schon bist du erledigt. Na, und deine Arbeit. Auch nicht immer angenehm, was?

Er lachte kurz auf: Eben hast du eine Probe erlebt. Ha, eigentlich müßten uns die Leute in Ehrfurcht und Dankbarkeit begegnen, denn was würden für Seuchen ausbrechen, wenn niemand die Toten weggeschaffen wollte. Weißt du, warum der modische Kleiderständer mich soeben verließ? Als ob ich in der Tasche eine Bieme mit

Limburger Käse hätte! Aus verminderter Wertschätzung... Ich bin doch der „schwarze Mann“. Mit uns bringt man Kinder zum Fürchten. Man schämt sich, neben einem Leichenträger zu sitzen. Im Mittelalter war es der Henker, den man wie die Pest verabscheute. Heute sind wir es, die Zeiten haben sich nicht viel verändert. Was ich treibe? Nun, „Dienst am Toten“. Auf dem Friedhof, im Krematorium, bei der „Aufhebung“ der Leichen. Dann gibt es Leichentransporte von und nach anderen Städten. Aber auch in unserer Stadt sterben gerade genug. Und wir wünschen manchmal, sie ließen sich etwas mehr Zeit zum Sterben. Oder ein „großes Tier“ ist gestorben. Begräbnis erster Klasse. Da müssen wir mit geziemendem Ernst neben dem Wagen gehen, in Sonnenbrand und Winterkälte, obwohl uns manchmal der Magen knurrt, weil wir noch keine freie Minute hatten, um unser Mittagbrot einzunehmen. Und oft haben wir einen Augenblick Zeit und können vor Ekel nichts essen. Auch das kommt vor. Dann gibt es auch Blumentransporte. Manche Leute schenken nämlich den Lebenden wenig Brot und Liebe und den Toten viel Kränze und Blumen. Die Welt ist wunderbar.

Erlebnisse? Die haben wir jeden Tag. Du wunderst dich bald über nichts mehr. Wir holen der armen Familie den Ernährer, dem Verlobten die Braut, der armen Witwe das einzige Kind. Tag und Nacht sehen wir Tränen fließen und haben unsere eigenen Gedanken über die Allgüte Gottes. Glaube nicht, daß uns die Gewohnheit gefühllos gemacht hat. Reiche schließen sich ein, wenn eines ihrer Angehörigen gestorben ist; sie zünden Kerzen an und trauern. Und wollen nicht gestört sein in ihrem Schmerz. Die geplagte Proletarierfrau hat dazu keine Zeit. Sie hilft uns Platz machen, um ein Wesen im Sarg hinauszubringen, dem sie in Liebe

für Hoch- und Tiefbau, Schulverwaltung, Medizinal- und Veterinärverwaltung im Kreisamt vereinigt werden, soll jetzt experimentiert werden. Dabei scheinen die Herren selbst nicht zu wissen, was sie wollen. So bestimmt § 13 Abs. 3, daß das Kreisamt zuständig sein soll für diejenigen Angelegenheiten, welche auf dem besonderen Fachgebiete bisher dem Landrat und der anderen Kreisbehörde zustanden. Das ist eine absolute Unmöglichkeit, weil die fachtechnischen Aufgaben des Baurats, des Schulrats, des Kreisarztes und des Veterinärs niemals auf ein solches Kreisamt übergehen können, sondern diesem zur selbständigen Erledigung bleiben müssen.

Noch schärfer aber muß abgelehnt werden, daß sich die Vereinheitlichung auf Landrat und fachtechnischen Beamten beschränkt. Will man schon vereinheitlichen, so muß man demokratisieren. Wenn in den Städten gemischte Verwaltungsdeputationen möglich sind — wir erinnern nur an die rühmlichst bewährten Schuldeputationen —, warum soll das in den Landkreisen unmöglich sein? Es ist möglich! Aber man will machtpolitisch einfach nicht. Man will nicht nur die Ausschaltung der Laien, sondern auch die Unterwerfung der Fachbeamten unter den Landrat als den politischen Beamten der Staatsregierung. Früher nannte man so etwas Assessorismus. Heute nennt man es Verwaltungsreform. Dabei ist nur nebenhin darauf hingewiesen, daß eine Einheit natürlich nicht erreicht wird. Denn nach wie vor bleiben die Polizei-, Berg-, Forst-, Kataster-, Vermessungs-, Gewerbeaufsichts-, Kulturbehörden der Bezirksregierungen und die Behörden und Anstalten der Provinzialverwaltung als selbständige Außenbehörden in den Kreisen bestehen.

Nicht anders liegen die Dinge bei den Mittelbehörden. Ist man sich über die historische Gegebenheit der Dreiteilung der Verwaltung in der mittleren Instanz auf Oberpräsident, Landeshauptmann und Regierungspräsident klar, so gibt es für die mittlere Instanz in Preußen nur eine vernünftige Verwaltungsreform: die Vereinheitlichung der Verwaltung in einer Verwaltungsstelle und die Demokratisierung der Verwaltungsorgane. Man behaupte nicht, daß das doktrinäer Radikalismus wäre. Das Verhältnis Oberpräsident — Landeshauptmann ist von Anfang an so gedacht gewesen, daß die Verwaltung nahezu ausschließlich beim Landeshauptmann und beim Oberpräsidenten nur die Aufsicht liegt. Und es gibt in Preußen nach 1848 ein Gesetz, durch das die Verwaltung der Bezirksregierungen durch gewählte Bezirksräte demokratisiert werden sollte. Was heute praktisch in der Landesregierung von Baden, Thüringen und Hessen möglich ist, das muß auch in der Verwaltung gleich großer preußischer Provinzen durchgeführt werden können. Aber nichts von alledem geschieht. Die „Selbstverwaltung“ der Provinzen bleibt im bisherigen Stande. Es gibt zwar in der preußischen Verfassung die Artikel 72 und 73, durch die die Provinzen die Zusage erhalten

haben, daß der Kreis ihrer Selbstverwaltungsangelegenheiten erweitert und die Zahl der Auftragsangelegenheiten vermehrt werden soll. Aber man sucht in der ganzen Verordnung vergeblich nach einer einzigen Vorschrift, die bestimmt wäre, dieses Versprechen der Verfassung zu verwirklichen.

Es bleibt also bei der Parodie, daß Provinziallandtage von 100 Abgeordneten Krankenhäuser, Irrenanstalten und Landstraßen zu verwalten bestimmt sind und daneben noch einige Mittel für die Ausgrabung von Altentüchern bewilligen dürfen. Bei den Ober- und Regierungspräsidenten findet dieselbe Rationalisierung der Macht der Bürokratie statt, die wir schon bei den Kreisen beobachtet haben. Die Kollegialverfassung der Provinzialschulkollegien und der Schulabteilungen der Regierungen verschwindet, der Regierungspräsident hat sogar auch an Stelle von Plenarbeschlüssen der Regierungen allein zu entscheiden. Aber während bei den Kreisbehörden die Bildung eines Kreis Schulamtes noch als eine vernünftige Dekonzentration bisheriger Agenden der Regierung bedeutet, wird die Zersplitterung der Schulverwaltung hinsichtlich der höheren Schulen bei den Oberpräsidenten und des Volksschulwesens bei den Regierungspräsidenten aufrechterhalten. Die Befreiung des Oberpräsidenten von der Leitung des Landeskulturamts ist mehr ein Witz als eine Verwaltungsreform. Denn hinsichtlich der Siedlungsfragen bleibt der Oberpräsident auch künftig zuständig. Die übrigen Aufgaben der Landeskulturämter aber sind quasi richterliche und haben schon bisher den Oberpräsidenten kaum in Anspruch genommen.

Nein, diese Verordnung ist keine Vereinfachung der Verwaltung. Sie ist eine Entdemokratisierung und Verbürokratisierung. Das eine kann man mit Sicherheit sagen: der stille Bürgerkrieg zwischen Verwaltung und Bevölkerung wird durch diese Verordnung noch verschlimmert. Eine wirkliche Verwaltungsreform zu schaffen, wird nur den demokratischen Massen möglich sein.

Ministerialdirektor z. D. Dr. B r i l l, M. d. R.

## LANDSTRASSENWARTER

Die Straßenwärter der Ortsgruppen Eichershausen und Heflen hielten am 10. September in Bodenwerder/Linse ihre übliche Betriebsversammlung ab. Nach Erledigung der üblichen sehr wichtigen betrieblichen und beruflichen Aufgaben durch den Vorsitzenden bzw. durch den Betriebsrat wurden die Löhne und die neu zum Abschluß gebrachten Rentenzuschüsse, der Notverordnung angepaßt, behandelt. Anschließend fand eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Wachen-dorf-Magdeburg referierte über die Wirtschaftslage und die Auswirkung der Löhne in Verbindung mit den Notverordnungen. Seine Ausführungen gipfelten besonders darin, daß alles aufgeboren werden muß, um dem großen Heer der Arbeitslosen Arbeitsmöglichkeiten zu geben. Dabei behandelte er besonders das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften.

zugetan war. Sie wischt sich mit der Küchenschürze die Tränen aus den Augen und hat keine Zeit zum Klagen. Kein Mensch besorgt für sie die vielen Wege, die ein Todesfall verursacht. Sie hat kein Dienstmädchen. Sie muß sich spülen. Immer wartet auf sie Arbeit.

Auch Krokodilstränen sehen wir. Und den Streit der lachenden Erben, obwohl die Leiche fast noch warm ist. Für viele ist der Tod des anderen eine nützliche Sache. Gewiß ist mancher heilfroh, wenn eine böse Sieben die Augen und den ewig keifenden Mund geschlossen hat. Immer vergeß ich den kleinen Alten, der uns fleißig half, seine bessere Hälfte einzufargen. Der ängstlich nach ihrem noch im Tode zornig gespitzten Mund sah, aus Furcht, er könne sich noch-mals öffnen und anfangen zu poltern, und der uns bei allen Göttern beschwor, sie ja gründlich zu verbrennen, damit kein Stäubchen mehr ihre Schande künde. Aber denke ja nicht, daß du bei solchen Gelegenheiten lachen kannst. Ein Bestattungsgehilfe hat immer ernst zu bleiben. Es gibt viele Leute, die dein Tun genau beobachten und deiner vorgesehnten Behörde melden.

Du fragst, ob unsere Tätigkeit nicht manchmal recht ekelhaft sei. Und ob!

Es gibt Leute, die an der Wassersucht litten. Oder an ähnlichen Krankheiten, die den toten Körper aufschwemmen. Nun gut. Du willst die Leiche in den Sarg heben und plötzlich ergießt sich eine ekelhafte Flüssigkeit über deine Hosen. Ist alles schon dagewesen. Wir haben täglich mindestens acht Leichen zu holen. Wenn es die erste war, ist man gezwungen, den ganzen Tag mit diesen durchweichten Kleidern zu arbeiten. Oder es sind im Krankenhaus Leute an ansteckenden Krankheiten gestorben, an Scharlach, Lungentuberkulose, Krebs, Typhus und Diphtherie. Solche Leichen werden zunächst in einen Glassarg gelegt, damit sie die Angehörigen noch

einmal sehen, aber nicht berühren können. Und wer legt sie da hinein? Nun, wir! Und wir haben kein Antiseptikum. Vergiß nicht, es gibt nicht nur ansteckende Krankheiten, sondern auch so etwas wie Leichengift! Da heißt es sich gewaltig vorsehen. Oft erlebt man, daß die Angehörigen die Handtücher, die der Tote zu Lebzeiten benützte, oder mit dem die Heimbürgerin die gewaschene Leiche abtrocknete, in den Sarg schmeißen. Natürlicherweise hat fast jeder Mensch vor einer Leiche ein gewisses Grauen. Wir aber müssen die Leichen anfassen. Und zwar jede Leiche. Solche, die an natürlichem Tod gestorben sind — selbst die sind oft scheußlich zugewickelt —, dann die durch Unglücksfall Umgekommenen und die Selbstmörder. Da gibt es Erschossene, deren Gehirn und Schädeldecke an der Wand kleben; Gasvergiftete, schwarz wie Keger, der Leib aufgedunsen; Leichen, die man erst nach Monaten gefunden hat und die längst in Verwesung übergegangen sind. Einmal hatte sich einer draußen in einem Dorort überfahren lassen. Von der Eisenbahn. Es war im Winter. Sein Körper war eine Art Zusammenschußspiel. Und vergiß nicht, wir müssen alle Leichenteile entfernen und haben zum Angreifen nur einige Päckchen Watte. Es war verdammte kalt an diesem Tage, es hatte gefroren und die Leiche lag schon einige Zeit draußen auf dem Bahnkörper. Der halbe Kopf war fest an der Schiene angefroren. Wir hatten Mühe, ihn loszukriegen. Soll ich dir noch erzählen, in welchem Zustande wir manchmal tödlich verunglückte Motorfahrer finden. Versteht du nun, warum man manchmal den ganzen Tag keinen Bissen herunterwürgen kann. Und wir sind doch gewiß manches gewohnt, was einen anderen glatt hinstreichen würde. Wie? Du meinst eine Zigarette darauf rauchen, um die Scheußlichkeit zu vergessen? Nun, Zigaretten bekommen wir nicht geliefert, das

## Die Städte zur Verwaltungs- und Finanzreform

An Stelle der aus Sparsamkeitsgründen ausgefallenen Jahresversammlung hielten der Deutsche und der Preussische Städtetag am 23. und 24. September in Weimar erweiterte Vorstandssitzungen ab, an denen zahlreiche Oberbürgermeister, Bürgermeister und Stadtverordnete großer und mittlerer Städte aus allen Teilen des Reichs teilnahmen. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, nahm dort Gelegenheit, vor Vertretern der Presse über bedeutsame Fragen der Staats- und Kommunalpolitik und über die Nöte und Forderungen der deutschen Städte zu sprechen.

Reform des Staats- und Verwaltungsaufbaus ist dringendstes Gebot. Es muß jetzt Ernst damit gemacht werden, an Stelle der Reibungen und Ungleichheiten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden muß man zu positiver Zusammenarbeit kommen. Das Reich braucht mehr denn je inneren Zusammenhalt und Festigkeit. Nur auf einer gesunden und kraftvollen Selbstverwaltung der Gemeinden baut sich organisch eine gute Staatsverwaltung auf. Es ist deshalb notwendig, die Verfassung der gemeindlichen Selbstverwaltung den jetzigen Bedürfnissen in vollem Umfang anzupassen, um sie auch in Krisenzeiten voll arbeitsfähig zu erhalten. Die Sicherung der Selbstverwaltung vor demagogischer Willkür und vor unzumutbaren Staatseingriffen ist ebenso notwendig, wie die Mitbeteiligung der Organe der Selbstverwaltung und kommunaler Sachverständigen an der Verwaltung des Staates.

Es ist bedauerlich, daß die preussische Verwaltungsreform zunächst allein die staatlichen Angelegenheiten regelt; ein solches Verfahren birgt die Gefahr unorganischer Lösungen in sich. Das Ziel der preussischen Verwaltungsreform ist, die Verwaltung in einer einzigen Mittelinstanz zusammenzufassen, die Einheitlichkeit der Verwaltung in der Provinz sicherzustellen und für die Einordnung der preussischen Mittelinstanzen in eine künftige Reichsreform vorzuzurechnen. Diese Ziele sind zu billigen; zweifelhaft ist, ob der gewählte Weg richtig ist. Der Vorstand des Preussischen Städtetages hat sich von jeher, im Gegensatz zu der preussischen Verordnung, für die Zusammenfassung der Mittelinstanz und der speziellen Verwaltungszweige in der Hand des Oberpräsidenten ausgesprochen. Die Städte wünschen eine einheitliche Zusammenfassung der Kommunalaufsicht über die mittleren und größeren Städte beim Oberpräsidenten. Von besonderer Bedeutung ist die Zusammenfassung der staatlichen Beschlussbehörde, nachdem durch die preussische Verordnung die zweite Instanz beseitigt worden ist. Hinsichtlich der Lokalinstanz hält der Städtetag mit aller Entschiedenheit an seinem alten Verlangen fest, möglichst alle Verwaltungsaufgaben der örtlichen Instanz im Wege der Dezentralisation und Dekonzentration in der Hand der Städte zusammenzufassen.

Auch unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen

ist es durchaus möglich, die Gemeindeverwaltung leistungsfähig zu erhalten. Die (vorübergehenden) „Staatskommissare für die Ablieferung von Staatssteuern“ gehören nicht in die (allgemeine und dauernde) Neuordnung des Verwaltungsrechts. Die Störungen in der Ablieferung von Staatssteuern sind aus der ungenügenden Reichshilfe und der mangelnden Staatsbeteiligung an den Wohlfahrtslasten entstanden. Die Gemeinden haben ihrerseits zur Rationalisierung ihrer Verwaltung bereits die entscheidenden Schritte selbst getan.

Diese Reformmaßnahmen sollen die Städte instand setzen, ihre großen, für Stadt und Volk gleich bedeutsamen Aufgaben zu erfüllen. Im Vordergrund steht die schwere Sorge: werden die Städte auch in den kommenden Krisenmonaten imstande sein, die Erwerbslosen zu ernähren? Von 4,53 Millionen unterstützten Arbeitslosen (31. Juli 1932) fallen nicht weniger als 2,42 Millionen, nämlich die Wohlfahrts-erwerbslosen, ausschließlich den Kommunen zur Last. An der Unterstützung der 1,35 Millionen Arbeitslosen in der Krisenfürsorge sind die Gemeinden zu einem Fünftel beteiligt. Die Reichsregierung hat die daraus für die Kommunen entstehenden Lasten im Rechnungsjahr 1932 vor kurzer Zeit auf 1,35 Milliarden Mark beziffert. Da es sich bei der Arbeitslosenhilfe ihrer Natur nach um eine Reichsaufgabe handelt, so stellen diese 1,35 Milliarden Mark in Wirklichkeit eine Gemeindehilfe für das Reich dar. Die Städte haben die von der Reichsregierung angenommene Gesamtlast der kommunalen Erwerbslosenfürsorge von vornherein als zu niedrig bemessen angesehen. Die steigende Entwicklung der Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen in den letzten Monaten hat den Städten recht gegeben. Daran wird auch dadurch nichts geändert, daß die Reichsregierung durch die Nichtinbeziehung großer Gruppen der Erwerbslosen seit kurzer Zeit die Zahl der Erwerbslosen günstiger beziffert, als es der Wirklichkeit entspricht. Durch das neue System der Erwerbslosenstatistik bleibt die Reichszählung um nicht weniger als 400 000 hinter den genauen kommunalen Zählungen zurück. Seit Mitte Juni ist die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen so stark gestiegen, daß für das Rechnungsjahr 1932 mit mindestens 150 Millionen Mark neuer Belastung für die Gesamtheit der Gemeinden zu rechnen ist, während in derselben Zeit der Lastenanteil des Reichs um gleichfalls 150 Millionen Mark kleiner geworden ist. Im Juni schätzte man auf Seiten der Reichsregierung das kommunale Defizit auf mindestens 350 Millionen Mark, so daß der gesamte Fehlbetrag für 1932, nach Einberechnung anderer Verschlechterungen, sich auf 500 bis 600 Millionen Mark belaufen wird. Die Gemeinden, die ihre eigenen Aufgaben auf das äußerste abgeben haben, brechen unter den vom Reich auf sie abgewälzten Arbeitslosenlasten zusammen. Kommt dann hinzu, daß z. B. die preussische Regierung

öffentliche Rauchen ist uns verboten. Aus Gründen der Schicklichkeit und Pietät.

Wenn die Leute von Schmerz überwältigt sind, ist mit ihnen oft nicht zu spaßen. Sie können sich nicht trennen von der Leiche. Ich kann es ja verstehen, aber auf uns warten außer dieser einen oft zehn andere Leichen. Man sieht uns nicht gern kommen. Draußen in der Friedhofshalle hat man seine Not, wenn man den Sargdeckel schließen will. Und man kann den Aermsten nichts ubelnehmen.

Da plärren sie, im Tode seien alle gleich. Prost Mahlzeit! Wir sehen die Standesunterschiede. Wer mit seinem Mercedes mit 150 Kilometer in den Tod rast, fährt nachher hübsch gemächlich, versteht sich, auf den Friedhof hinaus; aber standesgemäß erster Klasse. Immer nobel. Särge zum Preise von 300 bis 400 Mark, Musik am Grabe, besonderen Schmuck: das kostet doch ein Heiden-geld. Ein Glück, daß auch unsere Stadt jetzt die kommu-nale Totenbestattung hat. Wer weiß, wie lange noch. Sie hat ihre Gegner. Es gibt Leute, die gern wieder das berüchtigte Armenbegräbnis einführen wollen. Schade, daß die Arbeiter-schaft von dieser von der Sozialdemokratie eingeführten Verbesserung eigentlich noch viel zu wenig Gebrauch macht. Da leidet man immer noch an Minderwertigkeitsgefühlen. Noch viele glauben, es sei dasselbe wie Armenbegräbnis. Wir sehen aber, daß die besitzenden Kreise diese Errungenschaft viel besser ausnützen als die Arbeiter, für die sie doch eigentlich bestimmt war.

Du fragst nach dem Krematorium. Nun, auch da gibt es tüchtig Arbeit. Nur fällt sie der breiten Öffentlichkeit nicht so auf, wie die auf dem Friedhof, weil sie sich meist im Innern abspielt. Aber wenn ich dir sage, daß etwa die Hälfte der Leichen eingäschert wird, weißt du Bescheid. Die Leute werden also jachte

modern. Interessant ist ein altes Schriftstück von 1840 herun, das wir kürzlich aufgestöbert haben und worin eine Autorität warnend den Zeigefinger erhebt. Dieser gelehrte Herr meinte nämlich, durch den Rauch bei der Leichenverbrennung würde die Umgebung in größte Gefahr gesetzt.

Auch Nachbereitschaft haben wir und sie wird nicht besonders gut bezahlt. Man kann zwei- und dreimal aus dem Bett geholt werden, um eine Leiche aufzuheben. Vielleicht, daß sich irgendwo einer erschossen oder vergiftet hat. Er hat seine Ruhe, aber unsere Nachtruhe ist durch ihn zum Teufel. Und am nächsten Tag müssen wir wie immer zum Dienst.

Auch für Selbstmorde gibt es gewisse Gesetzmäßigkeiten. Im Mai hat man viele Doppelselbstmorde. Liebespaare, die irgendwo engumschlungen gefunden werden. Selbsterhaltungstrieb und Erhaltung der Art finden sich nicht. Die Krise hat viele junge Leute auf dem Gewissen. Oft sind auch die Eltern aus mancherlei Gründen gegen eine Heirat. Schlußstrich: Zwei Tote ...

Im November sind Selbstmorde aus Nahrungsmittelforgen und Lebensüberdruß häufig. Die Blätter fallen. Bald schwingt ein neues Jahr über der faden Welt. Wozu, wozu? Keine Besserung! Schluß! Durch gute Worte allein rettet man niemand vom Selbstmord. Nirwana sagen die Inder: Das Unbekannte. Und so gibt es genug Leute, die auf die Nachwelt pfeifen. Mancher bestimmt in seinem Testament, daß seine Urne in gemeinsamer Bestattung unter die Erde gebracht wird. Mit fünfzig bis sechzig Urnen zusammen. Ohne Namen, ohne Schmuck.

Ich stieg aus der Straßenbahn. Jeder fuhr nach einer anderen Richtung nach Hause. Und ich ging weiter mit nachdenklichen Gefühlen.

Arthur Jahn

keine Gemeinde aus dem Ausgleichsfonds unterstützt, die ihre Anleihezinsen noch zahlen kann, so darf man sich nicht wundern, daß Störungen im Tilgungs- und Zinsendienst eintreten. In wenigen Monaten werden viele Stadtverwaltungen vor der ersten Frage stehen, ob sie die Zahlung der Unterstützungen oder ihren Anleihenendienst einstellen sollen. Eine solche Entwicklung steht zu den Aufbauplänen der Reichsregierung in diametralem Gegensatz. Dotationen können hier nicht mehr helfen, sondern nur grundlegende Reformen. Bis dahin verlangen die Gemeinden vom Reich, daß es die 150 Millionen Mark, die es selbst in der Arbeitslosenhilfe gespart hat, sogleich den Gemeinden in vollem Umfang zur Verfügung stellt.

Auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung haben auch die Städte weit über ihre Kräfte hinaus alles getan, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Die Gemeinden waren die größten öffentlichen Auftraggeber im deutschen Wirtschaftsleben. Das Abschließen eines großen Teils der Arbeitslosenlasten vom Reich auf die Gemeinden, das zu dem Zusammenbruch der Gemeindefinanzen geführt hat, vernichtete auch die Möglichkeit großer kommunaler Aufträge. Mit der finanziellen Neuordnung der Arbeitslosenhilfe würde im Rahmen der Befriedigung des ordnungsmäßigen Bedarfs ein besonders starker Antrieß der Wirtschaft erfolgen. Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit, daß bei einem Wiederaufstieg der Wirtschaft zunächst die langfristigen Arbeitslosen eingegliedert werden. Es ist deshalb nicht zu verstehen, daß bei den von der Reichsanstalt geförderten öffentlichen Arbeiten zunächst nur 20 Proz. Wohlfahrtserwerbslose eingestellt werden sollen, obwohl die Wohlfahrtserwerbslosen mehr als 50 Proz. der unterstützten Arbeitslosen ausmachen. Der Städtetag fordert mit allem Nachdruck eine gerechte und vollkommen gleichmäßige Berücksichtigung der am längsten Arbeitslosen.

Der Reichsregierung sind durch die letzte Notverordnung weitreichende und überaus verantwortungsvolle Ermächtigungen für die Reform der Sozialversicherung und sozialen Fürsorge übertragen worden. Sie sollten nur zu dem Zweck gebraucht werden, unsere sozialen Notwendigkeiten über die Krise hinaus zu retten. Man sollte sich auf eine verständige Rationalisierung und Vereinfachung der Verwaltung beschränken und alle Maßnahmen vermeiden, die sich unsozial auswirken müssen.

## Wohin steuert der Arbeitsdienst?

Am 16. Juli 1932 hat die Papen-Regierung eine neue Verordnung (VO.) über den Freiwilligen Arbeitsdienst (FAD.) erlassen. Der Artikel 1 dieser VO. lautet:

„Der Freiwillige Arbeitsdienst gibt den jungen Deutschen die Gelegenheit, zum Nutzen der Gesamtheit in gemeinsamem Dienste freiwillig ernste Arbeit zu leisten und zugleich sich körperlich und geistig-sittlich zu ertüchtigen.“

Nach den Mitteilungen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung sind rund eine Million bis zum 25. Lebensjahre erwerbslos, wovon allerdings der größte Teil keine Unterstützung erhält. Diesen jungen Menschen soll durch den FAD. geholfen werden. Die Väter der VO. haben „schon“ erkannt, daß die erwerbslose Jugend nach Arbeit drängt, daß sie nicht länger nutzlos auf der Straße liegen will. Diese Erkenntnis kommt unseres Erachtens reichlich spät. Die freien Gewerkschaften haben schon seit langem Arbeitsbeschaffung gefordert. Im Arbeitsbeschaffungsprogramm des Frankfurter Gewerkschaftskongresses sind die Wege gewiesen worden. Mit der Durchführung der von den Gewerkschaften gezeigten Wege wäre auch der Jugend geholfen worden. Die Herren irren sich, wenn sie glauben, die arbeitende Jugend dränge sich nach dem FAD. Not und Verzweiflung mag viele hintreiben, aber mit der von vielen Zeitungsschreibern in allen Tonarten gepriesenen Begeisterung der Jugend für den FAD. ist es nicht weit her. Die Jugend stellt sich unter ernstere Arbeit etwas anderes vor. Sie fordert Arbeit in ihrem Beruf und ausreichenden Lohn, um ein menschenwürdiges Dasein leben zu können.

Jedoch der notverordnete Arbeitsdienst besteht. Wir können ihn augenblicklich nicht verhindern. Unsere Aufgabe muß sein, darüber zu wachen, daß er sich im vorgeschriebenen Rahmen hält. Der Artikel 2 der VO. besagt:

„Die Arbeiten des Freiwilligen Arbeitsdienstes müssen gemeinnützig und zugleich zusätzlich sein. Der Arbeitsdienst darf nicht zu einer Verringerung der Arbeitsgelegenheit auf dem freien Arbeitsmarkt führen; er muß sich auf Arbeiten erstrecken, die weder jetzt noch auf absehbare Zeit ohne Einsatz des freiwilligen Arbeitsdienstes vorgenommen werden können. — Der freiwillige Arbeitsdienst dient der Gesamtheit; er darf nicht für politische oder staatsfeindliche Zwecke mißbraucht werden.“

Uns will nun allerdings scheinen, daß man es mit der Zusätzlichkeit nicht sehr genau nimmt. Besonders bemühen sich die Gemeinden und sonstigen öffentlichen Stellen, Mittel aus dem für den FAD. bereitgestellten Millionenfonds zu erhalten und damit nicht nur zusätzliche Arbeiten auszuführen. Nach bisher vorliegenden Meldungen aus einer ganzen Anzahl von Städten sind Arbeiten im FAD. in Angriff genommen worden, die durchaus planmäßig sind. Die Ausführung solcher Arbeit verstößt gegen Art. 2 der VO. vom 16. Juli 1932. Wenn die Gemeinden diese Praxis fortsetzen, dann muß die Folge davon sein, daß erneut Tausende von Gemeindefunktionären arbeitslos werden. Das muß verhütet werden. Aufgabe unserer Kollegenschaft ist daher, die Entwicklung des FAD. scharf zu beobachten. Die zuständige Ortsverwaltung muß von solchen Arbeitsprojekten sofort in Kenntnis gesetzt werden. In verschiedenen Fällen konnten wir derartige Projekte durch unser Einschreiten bereits verhindern. Von unseren Genossen, die in den Stadt-, Kreis- und Provinzparlamenten sitzen, müssen wir erhöhte Aufmerksamkeit auf diesem Gebiet verlangen.

Und was die arbeitende und besonders die gewerkschaftlich organisierte Jugend anbetrifft, so darf gesagt werden, daß sie sich überhaupt nur der bittersten Not gehorchend am FAD. beteiligt. Sie wird sich erst recht nicht dazu mißbrauchen lassen, durch den FAD. Arbeitskollegen aus dem Arbeitsverhältnis zu verdrängen. Sie weiß, daß ihr und der Arbeiterklasse im ganzen nicht damit gedient ist, wenn von den heute noch Arbeitenden große Massen den Stempelstellen zugeführt werden. Das bedeutet weitere Schrumpfung der Kaufkraft und somit erneute Arbeitslosigkeit. Soll das Zweck und Ziel des Arbeitsdienstes sein? K. K.

## Gemeinden und Kommunalverbände

Nazibande überfällt Gemeindefunktionärerversammlung. Als am 21. September in der Betriebsvollversammlung der Arbeiter und Angestellten des Bezirksamts Berlin-Mitte die Referenten Zeit vom SdA. und unser Kollege Gürne ihre Referate fast beendet hatten, drang ein Nazi-Rollkommando in einer Stärke von etwa 30 Mann in die Versammlung und provozierte eine Schlägerei. Die Bande wurde aber recht unsanft an die frische Luft gesetzt. Darauf erschien ein Ueberfallkommando der Polizei und nahm den Tatbestand auf. Als die Polizei wieder abgezogen war, kehrten die Rowdys in vermehrter Zahl wieder. Auch jetzt wurden sie recht unfreundlich zum Abziehen gezwungen. Immerhin hatten sie erreicht, daß die Versammlung geschlossen werden mußte. Anführer der Bande war ein Angestellter des Bezirksamts namens Schulze, der schon wiederholt durch seine Provokationen aufgefallen ist. Glauben die Nazis wirklich, daß ihre „Hib“ („Hinein in die Betriebe“) mit diesen der „Kommune“ abgequälten Kaufmethoden Erfolg haben?

## THEATER • KINO • VARIÉTÉ

Die Koburger Nazikrähen schmücken sich mit sozialdemokratischen Pfauenfedern. Der zweite Nazi-Bürgermeister von Koburg, Faber, hat ein Märchenbuch verfaßt, in dem fabelhafte Leistungen der nationalsozialistischen Stadtverwaltung zusammengedichtet sind. Unter anderem beschäftigt sich der Märchenzähler mit dem Koburger Landestheater. Er schreibt:

„Nicht zuletzt ist es das Verdienst unserer nationalsozialistischen Stadtratsmehrheit, daß heute der Mittelpunkt nicht nur unseres wirtschaftlichen, sondern auch unseres kulturellen Lebens in Koburg, unser von den Koburger Herzögen seit mehr als 100 Jahren gehegtes und gepflegtes Koburger Landestheater seine Blüten allen Freunden einer gepflegten Theaterkunst noch offenhalten kann.“

Ein paar Seiten später behauptet er dreist, die Sozialdemokraten hätten „Verrat an den Belangen unserer Bürgerschaft getrieben und das Landestheater preisgegeben“. Der Nazimehrheit sei es im Gegensatz zur „schwarzrotgelben Mehrheit des alten Stadtrats“ gelungen, den bayerischen Staatszuschuß auf 300 000 Mark zu erhöhen. — „So viel Worte, so viel Unwahrheiten!“ stellt die „Münchener Post“ hierzu fest. „Faber und Schwede waren noch gar nicht in Koburg, als die maßgebenden Verträge über das Theater schon fix und fertig waren; die Herren sind erst viel später zugewandert. Zu jener Zeit gab es in Koburg überhaupt noch keine Nazis, geschweige denn eine nationalsozialistische Stadtratsmehrheit! Und was die erhöhten Staatszuschüsse anlangt, so war es ausschließlich der Koburger Sozialdemokrat Klingler, der als Landtagsabgeordneter unermüdet immer wieder für die Erhöhung des Staatszuschusses eintrat und unter Hinweis auf die drohende Gefahr der Theaterfälligkeit auch erreichte. Die Koburger Rathausnazis müssen sich in Ermangelung eigener Leistungen mit fremden Federn schmücken, aber in richtiger Einschätzung ihrer Gefolgschaft können sie das getrost riskieren.“



## GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

### Mindestlohn tarif für Blumengeschäfte wieder abgeschlossen

Beim Ablauf des vom 1. Januar bis 30. April 1932 gültigen Mindestlohn tarifes für Blumengeschäfte lehnte seinerzeit die Tarifkommission des Arbeitgeberverbandes Verhandlungen über eine neue Lohnvereinbarung ab, in dem offensibaren Bestreben, einen tariflosen Zustand herbeizuführen. Diese Absicht beschränkte sich nicht auf den „Mindestlohn tarif“, sondern in einigen Orten wurde das gleiche Manöver wiederholt, dort allerdings mit der Begründung, erst müsse die Angelegenheit des Mindestlohn tarifs geregelt werden. — Wie bereits in „Gewerkschaft“ Nr. 33 berichtet, riefen wir in diesem Tarifstreit die Zentralstelle an und erreichten dort die Entscheidung, daß der Mindestlohn tarif als ein Bestandteil des bis zum 30. September 1933 noch geltenden Reichstarifes wieder abgeschlossen werden müsse.

Nachdem so die Unternehmer mit einem gewissen Zwang an den Verhandlungstisch gebracht waren, gelang es dann auch überraschend glatt, diesmal ohne Schlichterhilfe, zum Neuabschluss des Mindestlohn tarifs zu kommen. Zunächst verlangten allerdings die Unternehmer 20prozentige Lohnsenkung. Wir erklärten, nur dann einer tariflichen Herabsetzung der früheren Lohnsätze zustimmen zu können, wenn vereinbart wird, daß die am 5. September verordnete Lohnsenkung damit abgegolten ist. Nach vergeblichen Versuchen der Arbeitgebervertreter, uns davon zu überzeugen, daß kein Geschäftsinhaber von dieser Verordnung und den Steuergeschenken der jetzigen Regierung werde Gebrauch machen können, kam es dann als ersten Schritt eines Entgegenkommens zu folgender Vereinbarung:

„Wird die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September (§§ 1 und 7) in Anspruch genommen, so sind bei der Errechnung der neuen Löhne die vom 1. Januar bis April 1932 gültigen Lohnsätze zugrunde zu legen.“

Die Festsetzung der andernfalls geltenden Lohnsätze erfolgte darauf im Rahmen der seit Mai im allgemeinen getätigten Tarifabschlüsse.

Wären wir beim Ablauf des letzten Lohn tarifs sogleich wieder zu neuen Verhandlungen zusammengekommen, wäre damals gewiß eine Lohnherabsetzung nicht zu vermeiden gewesen, aber die Lohnsenkung durch die Verordnung hätten die Unternehmer sicher wieder in Anspruch genommen. Mit dem jetzigen Verhandlungserfolg ist nun jetzt dem von Arbeitgeberseite gewollten „tariflosen Zustand“ nachträglich zweifellos eine gute Seite abgewonnen worden.

### Die deutschen Obstbauern an der Ahr!

In diesem Jahre hatte der Reichsverband des deutschen Gartenbaues seine Obstbauern nach Bad Neuenahr gerufen, um im Theatersaal des Kurhauses den Vorhang über seine wirtschaftspolitischen Ziele zu lüften. Vor höchstens 500 Obstzüchtern begann ein Baron, Freiherr von Solemacher, als Vertreter der rheinischen Landwirtschaftskammer, den Reigen der Begrüßungsansprachen, gefolgt vom Ministerialdirektor Müller. Dessen Ausführungen, kaum verständlich im Saal, ernteten keinen Beifall, vielmehr mußte sich der Vorstand von einem Teilnehmer unter Zustimmung der ganzen Versammlung sagen lassen, daß man auf weitere Reden verzichte, wenn sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit vorgetragen würden. Kampf Stimmung lag also über der Tagung und es sah aus, als wenn man sich auf allerhand noch gefaßt machen könnte. Doch die Wogen glätteten sich wieder, als der Bürgermeister von Neuenahr mit seinen Stimmwählern die gewünschte Verbindung zu den Teilnehmern herstellte. Prof. Dr. Ebert berichtete dann über die Tätigkeit des Fachauschusses und erläuterte in längeren Ausführungen die Stellungnahme der gegenwärtigen Regierung zur Obststeuernbeschränkung. Er hielt sich für verpflichtet, vor einem allzu großen Optimismus zu warnen, und glaubte den Anwesenden die Meinung nicht vorenthalten zu können, daß auch diese landwirtschaftsfromme Regierung die Wünsche der Obstzüchter nicht hundertprozentig erfüllen kann, weil die Widerstände aus gegnerischem Lager nicht einfach beiseitegeschoben werden können. Sein Bericht endigte mit der Verlesung einer Entschließung an die Regierungsstellen, die den Teilnehmern jedoch nicht scharf genug war und nach einer er-

regten Debatte den Zusatz aufnehmen mußte: „Der Beruf muß endlich Klarheit haben.“ Damit waren die wirtschaftspolitischen Probleme des Tages erledigt und es folgten Vorträge über den „Rheinischen Obstbau“ und über die „Wirtschaftliche Bedeutung der Obsteinlagerung“, beide von einer gewissen Höhe. Bei der Schlüsselaussprache glaubten die nur schwach vertretenen Nazis sich bemerkbar machen zu müssen. Es versuchte der Träger einer himbeerroten Nase, die ihn als einen Beerenobstzüchter legitimierte, der aufbruchbereiten Masse das Dritte Reich anzupreisen. Daß der Deutsche Obstbau tag als Erfolg für diesen Berufsstand gebucht werden kann, ist zu bezweifeln. Zuviel egoistische Bestrebungen und zu wenig volkswirtschaftliche Einsicht beherrschten das Feld.

### Ein Vorbild urdeutscher Zucht und Sitte

Nach den Äußerungen prominenter Naziführer sind Sicherung der Löhne und menschenwürdiger Arbeitsverhältnisse „undeutsch, marxistisch und bolschewistisch“. Darum haben ja auch alle die Naziarbeitgeber, welche die Zeit gar nicht erwarten konnten, versucht, ihre Betriebe zum „Dritten Reich im Kleinen“ einzurichten. So ein Vorbild „urdeutscher Zucht und Sitte“ ist Otto Görcke in Gommern. Er hat offenbar den Ehrgeiz, durch hervorragende Leuteschinderei sich für einen Feldwebelposten im Arbeitsdienst der NSDAP-Reiches zu qualifizieren. Die Arbeitszeit ist in seinem Betrieb Sonntags wie Wochentags eine 16- bis 18stündige. Unterhaltung und Singen bei der Arbeit ist bei Gefahr eines „Sonntagsstrafdienstes“ oder Einschränkung der Mahlzeiten verboten. An Lohn zahlt Herr Görcke seinen immer von auswärts herangeholten und meist sehr jungen Leuten Löhne und schreibt zehn bis höchstens zwölf Mark pro Monat bei „freier“ Kost und Wohnung. Alle 14 Tage wird ihnen gnädigst ein freier Nachmittag zugestanden. Dabei müssen sich aber seine Arbeiter die in seiner Familie gebräuchliche wirklich „urdeutsche Sittlichkeit“ gefallen lassen und dementsprechend werden die Gehilfen mit „Kosenamen“ wie Erzfaulenzler, Verbrechergesinde, Spitzbuben, Räuber und Mörder angehaucht. Zur Dervollständigung des Charakterbildes dieses „Freiheitskämpfers“ sei noch bemerkt, daß er sogar unter den Arbeitgebern schon seit Jahren gefürchtet ist, nämlich als schlimmster Preisdrücker.

Wenn unter der furchtbar drohenden Geißel Arbeitslosigkeit die jungen Opfer dieses in jeder Beziehung unanständigen Schimpfbolches — Lehrlinge und Gehilfen — auch zähneknirschend vieles über sich ergehen lassen, so kann man sich schon die Temperatur in dieser Nazihölle vorstellen, wenn nun doch die Kollegen gegen die schmachvolle Behandlung aufbegehren.

### Die jubelnde Gärtnerkrankenkasse

Die Gärtnerkrankenkasse begeht in diesen Tagen das Jubiläum ihres 50jährigen Bestehens und gibt aus diesem Anlaß eine Festschrift heraus, die an sich nicht uninteressant ist, aber die gärtnerischen Arbeitnehmer kaum noch angeht. Denn diese Krankenkasse, von arbeitnehmenden Gärtnern begründet, ist durch ihren einstigen Hauptkassierer und jetzigen Direktor zu einem Gebilde gestaltet, das immer mehr den Interessen der Arbeitgeber Rechnung trägt. In welchem Geist sie verwaltet worden ist, wird schon gekennzeichnet durch die Einleitung der erwähnten Denkschrift, die da lautet: Als zu Beginn der achtziger Jahre die Sozialpolitik in ihren verschiedensten Zweigen durch die „kaiserliche Bottschaft begründet“ wurde... Wohin dieser Geist der Untertänigkeit geführt hat, lassen die Sätze auf Seite 15 der Jubelschrift erkennen, die da besagen: Unter Beachtung der wirtschaftlichen Lage wurde nur das gewährt, was auch wirklich notwendig war, und mit „gutem Gewissen“ wird behauptet, daß mit solchem Verhalten dazu beigetragen sei, daß die sozialen Lasten in unserem Gärtnerberuf nicht zu sehr angespannt waren.

Was damit gesagt sein soll, versteht freilich nur derjenige, der da weiß, mit welch niederträchtigen Mitteln die gärtnerischen Arbeitnehmer an der geschnitzten ihnen zukommenden Selbstverwaltung der von ihnen einst geschaffenen Krankenkasse dauernd gehindert worden sind, und der da beobachtete, wie diese „Gärtnerkrankenkasse“ immer mehr zu einem Krankenversicherungsverein für Selbständige geworden ist. Die arbeitnehmenden Gärtnern haben in ihrer Mehrheit längst das Vertrauen zur „Gärtnern“-Krankenkasse verloren.

# STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

## Zur Frage der Einheitsfront

Wir leben in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, wo wir auf der einen Seite Produktionsmittel besitzen und auf der anderen Besitzlose sehen. Menschen, die nichts weiter haben als ihre Arbeitskraft, sei es die Stirn oder die Faust, die sie verkaufen, damit sie selbst und ihre Familie das Dasein fristen können. Der einzelne Unternehmer hat schon einen Machtvorsprung vor dem einzelnen Proletarier insofern, weil er doch der Besitzer der Produktionsmittel (Maschinen, Werkzeugen, Grund und Boden u. dgl.) ist. Trotzdem ist der einzelne Unternehmer wiederum zusammengeslossen in Innungen, Kartellen, Syndikaten. Nicht nur national, sondern auch gerade bei den letzteren beiden Gruppen über die nationale Grenze hinaus in internationalem Maßstab. Bei diesem Verhältnis ist ganz klar erkennbar, daß der Begriff Proletariat nur eine wissenschaftliche Tatsache und Feststellung ist, daß der Kapitalismus nur sein kann, weil das Proletariat vorhanden ist, und das Proletariat nur im Kapitalismus existiert. Aber dieses Proletariat ist an sich gegenüber der Macht des Kapitalismus ein Nichts, wenn es als einzelne Personen auftritt. Nur dann, wenn es klassenbewußt wird, und das ist es nur, wenn es sich zusammenschließt zu Machtzentren in gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, stellt es eine Macht dar. Von dieser Erkenntnis ausgehend, hat die Arbeiterschaft in jahrzehntelanger Arbeit zur Verbesserung seiner Lage im Kapitalismus gekämpft. Aber nicht zuletzt mit dem Ziele der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und Einführung der klassenlosen Gesellschaft. In diesem Ringen zwischen den beiden Gesellschaftsklassen sind wir zweifellos ein gewaltiges Stück unserem Ziele nähergerückt. Der Kapitalismus wird gerüttelt und geschüttelt und spürt heute schon die Geburtswehen der neuen kommenden sozialistischen Gesellschaftsordnung. Daß dabei von seiten dieser niedergehenden Gesellschaftsklasse gewaltige Anstrengungen gemacht werden, um diesen Prozeß aufzuhalten, versteht sich am Rande. War die Problemstellung früher — die Kapitalismus — die Sozialismus, so ist zwischen die beiden Pole ein in neue Form gekleidetes, reaktionäres Gebilde getreten. Es heißt — Faschismus. Er wird in Deutschland verkörpert durch die Nazis. Es ist die Bewegung, die sich schüßend vor die zusammenbrechende Mauer des kapitalistischen Systems stellt. Der Faschismus kann das Rad der Weltgeschichte in seinem Lauf nicht aufhalten, wohl aber hemmen. Aber dieser Kampf ist ein harter, schwerer, denn der Faschismus kann sich durch die Anwendung rücksichtsloser Terrormittel noch einige Jahrzehnte mit dem kapitalistischen System halten.

Diesen klaren Blick muß man haben, um das Problem der Einheitsfront zu beurteilen. Es ist geradezu eine Tragik der deutschen Arbeiterklasse, daß angesichts dieser Gefahr heute von den Kommunisten von mehreren Faschisten gesprochen wird. Nach ihrer Theorie gibt es einen Wels-, Leipart-, Höltermann- und Hitler-Faschismus. Auf der Konferenz der Spitzenfunktionäre der Kommunistischen Partei am 3. August d. J. zu Berlin hat Thälmann u. a. ausgeführt: „Aber die entscheidende Aufgabe, die die Voraussetzung für die Zerschmetterung des Faschismus ist, den Masseneinfluß der Sozialdemokratie in den Betrieben und Stempelstellen noch stärker zu brechen und den Einfluß der ADGB-Führung zu vernichten, ist uns noch nicht gelungen. Die antifaschistische Aktion ist noch völlig ungenügend in den Betrieben verankert.“ Also die Voraussetzung zur Überwindung des Faschismus ist, die Sozialdemokratie zu vernichten. Das ist an und für sich nichts Neues, was wir hier hören, aber doch bezeichnend, daß man die Zeichen der Zeit tatsächlich nicht begreift; denn die alte Walze wird noch nach den Reichstagswahlen weiter laufen gelassen, trotzdem der Ausgang der Wahl zum ersten Nachdenken auch die KPD zwingt, die aber wahrscheinlich über den kleinen Mandatsgewinn vollständig die Gefahr verkennet. Wenn dem so ist, ist es unsere Aufgabe, ein ganz konkretes Kampfprogramm herauszustellen. Durch die Schaffung der Eisernen Front ist eine neue große Bewegung ins Leben gerufen. Ueber die Parteibindungen hinweg eine antifaschistische Bewegung, in der sich die Kampf- und Kulturorganisationen der modernen Arbeiterbewegung zusammenschweißen haben. Das ist der große Strom, der von der Quelle aus zu seinem Ziel will. Wenn auf diesem Wege auch Bäche und Bächlein sich abtrennen und Sonderwege gehen wollen, so werden sie sich im Laufe verlaufen. Wenn sie mit zum Ziele wollen, dann müssen sie zum Strombett, von dem sie sich trennten, zurückkehren, um den Weg zum Meer, zum Sozialismus mit zu erreichen. Der Strom ist die über alle Parteibindungen stehende Bewegung, die Eisernen Front.

Theodor Berns, Chemnitz.

## Arbeiterschaft und Presse

Die Zeitung übt im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben einen ungeheuren Einfluß auf das Denken und Handeln der Menschen aus, welches jeden gebildeten und aufgeklärten Staatsbürger besonders in der heutigen Krisenzeit bewußt wird. Sie ist zu einer Großmacht ersten Ranges geworden, ein Instrument, das die Staatsbürger im guten wie im schlechten Sinne erziehen kann. Damit hat sie zu gleicher Zeit eine ungeheure Verantwortung übernommen, indem sie die geistigen und politischen Strömungen unserer Tage formt. Welche Auswüchse eine verantwortungslose nur von fanatischem Haß und niedriger Gesinnung beherrschte Presse erzeugen kann, davon geben uns die vielen blutigen Zusammenstöße politischer Gegner beredte Kunde. Aber nicht nur die parteipolitische extrem eingestellte Presse trägt allein die Schuld an der politischen Verwilderung, sondern auch die bürgerlich sich neutral bezeichnende Presse, die systematisch den Boden für den sprunghaften Wahlerfolg der Nazis vorbereitet hat. Man glaubte den Marxismus vernichten zu können, aber es ist anders gekommen, denn die alten bürgerlichen Parteien sind dabei vor die Hunde gegangen. Unsere bürgerliche Ortspresse, die Nordwest und die Provinzial, die leider noch von einem großen Teil der Arbeiterbevölkerung honoriert wird, sind auch hier eifrige Schrittmacher für den Nationalsozialismus. Tagtäglich fordert man in diesen Blättern die niedrigsten Gemeinheiten gegen die Sozialdemokratie und die Eisernen Front. Bezeichnend für den geistigen Tiefstand der Provinzialzeitung ist das Inserat, wo die Träger des Eisernen Frontabzeichens mit den Zuchthäuslern und Betrügnern Sklarek auf eine Stufe gestellt werden. Sollten nicht endlich die Arbeiter und Angestellten, denen man solche Gemeinheiten bietet, die einzig richtige Konsequenz aus dieser Behandlung ziehen können? Die zu stolz mühten sie eigentlich sein, als für ihr hauer verdientes Geld sich eine Presse ins Haus schicken zu lassen, wo sie zum Abtrittbrett degradiert werden. Kein Wunder, wenn solche Presseargumente wie Gift den Geist töten und die Kenntnisse über sozialökonomische Verhältnisse vieles zu wünschen übriglassen. Sage mir, was du liest und ich will dir auch sagen, wer du bist, hat immer noch seine Berechtigung. Wer Gelegenheit hat, mit Kollegen, die Leser der bürgerlichen Presse sind, zu diskutieren, wird immer feststellen können, daß der politische Inhalt seiner Tageszeitung auf sein Denken und seine Ideen abfärbt. Jeder Gewerkschaftler, besonders jeder Funktionär, muß es sich zur Pflicht machen, seine eigene Arbeiterpresse zu halten und für deren Verbreitung unermüdlisch zu wirken und zu werben. Gerade in der heutigen Zeit, wo eine Flutwelle von Lügen und Verleumdungen über die Arbeiterorganisationen dahindraust, ist der Schutzdeich unserer Presse zu stärken und zu festigen, damit sich die Brandung an dem Granit unseres Geistes bricht und verebbt. Die ökonomische Befreiung ist ohne geistige Befreiung nicht denkbar. Eine neue Gesellschaftsordnung wird geboren unter vielen Schmerzen und Wehen. Seien wir uns alle unserer großen geschichtlichen Aufgabe besonders in diesen Wochen und Tagen bewußt. W. Haß, Weßermünde.

## Funktionärbildung

Durch die Zerstörungswut der ausbauwilligen Kräfte ist es von großer Wichtigkeit, unsere Gewerkschaftsfunktionäre so gut zu schulen, daß sie sich in jeder Situation zurechtfinden. Es ist erfreulich, in der Nr. 36 der „Gewerkschaft“ etwas über geleistete und kommende Bildungsarbeit lesen zu können. Es wäre erforderlich, auch den Kollegen einen gewissen Bildungsgrad zu ermöglichen, die die Führung in kleineren Orten übernehmen müssen. Diesen Kollegen sollte die Möglichkeit gegeben werden, sich durch einen fernschriftlichen Unterrichtskursus die notwendigsten Erfahrungen und Fähigkeiten zu erwerben. Ein solcher Kursus könnte sehr gut von der Gewerkschaftsleitung durchgeführt werden. Als Abschluß mühten zwei bis drei bezirkliche Wochenendkurse abgehalten werden. Die Aufforderung zu einem solchen Kursus muß an alle Mitglieder erfolgen, die aus dem Kursus übrigbleibende Elite würde dann die besten Kämpfer für die Organisation ergeben. Im Augenblick liegen die Dinge doch so, daß man vor allem in den kleineren Orten schwer den richtigen Vorsitzenden, Kassierer oder Schriftführer findet, weil viele Kollegen diese Funktionen sich nicht auszuführen getrauen. Dieser Mißstand wäre sofort behoben, wenn es nicht an der nötigen Vorbildung fehlte. Also ran an die Arbeit, was versäumt worden ist, muß jetzt nachgeholt werden.

Enders.

## Nein, sie gefallen ihm nicht, die Gewerkschaften!

Die Notverordnung vom 4. September, die den Arbeitern nimmt, um den Unternehmern zu geben, haben die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Die Unternehmer aber gingen auf Grund dieser Notverordnung dazu über, Lohnkürzungen vorzunehmen, was die Arbeiter in zahlreichen Fällen mit Streiks beantworteten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wurden dadurch die Arbeitgeber gezwungen, schon nach wenigen Stunden oder Tagen die beabsichtigten Lohnkürzungen zurückzunehmen. Sie haben sich deshalb bei der Regierung beklagt und etwas von Sabotage gefaselt, die die Gewerkschaften gegenüber der Notverordnung treiben. Herr Dr. Schäffer, des Deutschen Reichs Arbeitsminister, hat daraufhin dem Chefredakteur des WTB. erklärt:

„Es trifft zu, daß in einzelnen Betrieben Arbeiter ihre Arbeitsplätze verlassen haben, weil der Arbeitgeber ein ihm nach der Verordnung zustehendes Lohnminderungsrecht ausgeübt hat, und daß in anderen Betrieben die Arbeiter durch Drohung mit Streik den Arbeitgeber nötigen, die Ausübung dieses Rechts zu unterlassen.“ — „Im Interesse der Arbeitslosen und zu Ehren der Gewerkschaften hoffe ich, daß neue Nachrichten das Uebertriebene der Meldungen dazunehmen; denn ich weiß, daß in vielen Betrieben die Verordnung tatsächlich durchgeführt wird. Grundsätzlich bin ich noch nicht geneigt, daran zu glauben, daß eine erhebliche Zahl von Arbeitern, die noch einen Arbeitsplatz haben, wegen einer geringen Lohnkürzung den Arbeitslosen, die mit ihren Frauen und Kindern lange genug geduldet haben, das Recht auf Arbeit und den Eintritt in das Arbeitsverhältnis verwehren wollen.“ — Vor zwei Tagen hat im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf die Arbeitergruppe mit Unterstützung meines Vertreters die Verletzung der Arbeitszeit gefordert, um für die Erwerbslosen Arbeitsplätze zu gewinnen. Wenn jetzt in Deutschland der Streik zunimmt und nicht bloß die Fortdauer der Arbeitslosigkeit, sondern stellenweise sogar der Verlust der bisherigen Arbeit zur Folge hat, dann muß ich allerdings gestehen, daß das tatsächliche Verhalten der Arbeiter in Deutschland mit den Forderungen in Genf in unlösbarem Widerspruch steht. Daraus könnten für die Vorkonferenz zur internationalen Abklärung der Arbeitszeit gefährliche Folgerungen entstehen. — Es scheint mir zunächst Aufgabe der Gewerkschaften zu sein, die Streikmeldungen auf ihren wahren Sachverhalt zu prüfen und dann sofort das zu veranlassen, was die tarifvertragliche Friedenspflicht von ihnen verlangt. Denn es ist ganz zweifellos, daß die Zahlung des vom Arbeitgeber auf Grund der Verordnung gekürzten Lohnbetrags als eine volle Erfüllung der tariflichen Verpflichtungen anzusehen ist. Auf die unmittelbaren Folgen der Verletzung der Friedenspflicht hinzuweisen, erübrigt sich; jede Gewerkschaft und jeder Arbeiter weiß das, — wie es scheint, sehen aber manche noch nicht ein, daß — wenn die Friedenspflicht verneint oder hartnäckig verletzt wird — der Begriff des Tarifvertrages gefährdet und

die Stellung der Gewerkschaften erschüttert wird. — Für den Winter hat die Reichsregierung die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung ins Auge gefaßt, weil sie davon ausgeht, daß auf Grund des Wirtschaftsplans die Arbeitslosenziffer sinkt. Es kommt jetzt zum guten Teil auf die Haltung der Gewerkschaften und der Arbeiter an, ob diese natürliche Voraussetzungen eintreten kann. Auf alle Fälle hält die Reichsregierung an ihrem Wirtschaftsplan und an der Verordnung fest.“

Hierzu ist zu sagen, daß die Gewerkschaften nach wie vor die Notverordnung ablehnen und sich ihre Taktik auch nicht von der Regierung vorschreiben lassen. Der Appell Dr. Schäffers an die Solidarität der in Arbeit Stehenden gegenüber den Erwerbslosen ist ganz überflüssig. Die organisierten Arbeiter sind gegenüber den Erwerbslosen in Wort und Tat immer solidarisch. Dr. Schäffers Appell bestätigt nur, was wir immer sagten, daß die Verminderung der Arbeitslosigkeit nach den Plänen der Regierung nur auf Kosten der Arbeiter gehen soll, wobei die Unternehmer (s. 400-Mark-Prämie und Steueranrechnungsscheine) noch ein besonders einträgliches Geschäft machen.

Inzwischen geben Berliner Montagsblätter den sogenannten Jahresplan der Reichsregierung bekannt, in dem den Gewerkschaften folgende Rolle zugebach ist:

Während der Wintermonate soll sich die Ankurbelung der Wirtschaft auswirken, von der der Reichskanzler in seinen Erklärungen die Einstellung von mindestens 1 1/2 Millionen Arbeitsloser erwartet. Für die jugendlichen Arbeitslosen werden in dieser Zeit die Pläne für den Ausbau des Arbeitsdienstes aufgestellt werden. Damit berührt man schon einen weiteren überaus wichtigen Punkt in dem Regierungsprogramm: Die Einschaltung der Gewerkschaften in die sozialpolitische Arbeit. Die Gewerkschaften sollen bei der Organisation des Arbeitsdienstes mitwirken, damit von vornherein das jetzt bestehende Mißtrauen zerfällt werden kann. Die Voraussetzung dafür und für weitere Aufgaben der Gewerkschaften, die jetzt noch der Staat ausübt, wäre das Verschwinden gewisser Konkurrenzneigungen unter den einzelnen Gewerkschaftsrichtungen und ein ausgesprochen berufsständischer an Stelle des jetzigen politischen Aufbaus der Gewerkschaftsorganisationen. Unter solchen Voraussetzungen könnten die Gewerkschaften amtliche Aufgaben sowohl in der Arbeitsdienstorganisation wie bei der Regulierung und Verwaltung der Sozialleistungen erhalten, so daß ein jetzt auf das Gebiet der Tarifpolitik beschränkter Aufgabenkreis eine Aenderung erfahren würde. Zugleich könnten sie damit den Unterbau für ein berufsständisches Wirtschaftsparlament an Stelle des jetzigen Reichswirtschaftsrates abgeben.

Damit würden die Gewerkschaften zu Staatsorganen wie in Rußland und Italien degradiert. Daß sie diese Rolle kampflos hinnehmen, braucht sich Papen nicht einzubilden.

## Politische u. wirtschaftl. Wochenschau

Der nationalsozialistische Arzt Dr. Linden, der bei den Zusammenstößen mit politischen Gegnern in Paderborn die Ursache zur Tötung zweier Menschen war, wurde vom Sondergericht zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Ortsgruppen Richtenberg und Ohlau des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ wurden auf Veranlassung des Reichskommissars Dr. Bracht aufgelöst mit der Begründung, daß „der Zweck des Vereins den Strafgesetzen zuwiderläuft“.

63 Zeitungsverbote in der Zeit vom 29. Juli bis zum 14. September hat der Reichskommissar Dr. Bracht in Preußen ausgesprochen.

Der Reichsbankdiskont wurde mit Wirkung vom 22. September von 5 Proz. auf 4 Proz., der Lombardsatz von 6 Proz. auf 5 Proz. ermäßigt.

Die schwedischen Wahlen zur Zweiten Kammer haben den Sozialdemokraten einen großen Erfolg gebracht. Die Sitze in der Kammer verteilen sich wie folgt: Sozialdemokraten 104 (+ 14), Konservative 58 (- 15), Bauernbund 36 (- 9), Liberale 4 (-), Freisinnige Volkspartei 20 (- 8), Schwedische Kommunisten 6 (- 2), internationale Kommunisten 2 (-). Als Folge dieser Kammervahlen ist die Regierung zurückgetreten. Der König hat den sozialdemokratischen Abgeordneten Per Hansson mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat am 22. September nach heftigem Widerstand der Unternehmer-Besitzer sich für die Einführung der 40-Stunden-Woche eingesetzt. Ein diesbezügliches Abkommen soll im Januar 1933 vorgelegt werden.

## Aus unserer Bewegung

Thale i. Harz. In der Monatsversammlung am 10. September referierte Kollege Schuchardt, Quedlinburg, über den neuen Reichsmanteltarif und über die wirtschaftspolitische Lage. — In der Aussprache verurteilten alle Redner die Auflockerung der Tarifverträge und das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung, das sich gegen die in Arbeit Stehenden Arbeiter richtet. — Unter „Verschiedenes“ wurden Anregungen zu erfolgreicher Werbung neuer Mitglieder gegeben.

Würzburg. In der Generalversammlung am 10. September gab Kollege Dey den Geschäftsbericht für das 2. Quartal, aus dem zu ersehen war, daß einem geringen Mitgliederverlust eine Erhöhung des Kassenbestandes gegenübersteht. Anschließend erfolgte die Ehrung von 30 Kollegen für 25jährige Mitgliedschaft. In seiner Ansprache an die Jubilare verwies Kollege Dey darauf, daß vor 25 Jahren noch ein gewisser Mut dazu gehörte, sich als Freigewerkschaftler zu bekennen, und daß die damaligen Kampfziele der Gewerkschaften, wie: Achtstundentag, Sonntagsruhe, Tarif- und Schlichtungswesen, Arbeitsgerichte, Arbeitslosenunterstützung, die heute alle verwirklicht sind, von der jetzigen Generation zu wenig beachtet werden. Er dankte den Jubilaren für ihr treues Ausharren und schloß seine Ausführungen mit einem lichtvollen Blick in die Zukunft. Kollege Schmid vom Bezirksvorstand Nürnberg überbrachte die Grüße und Wünsche des Verbands- und des Bezirksvorstandes, wobei er besonders auch der Frauen der Jubilare gedachte, die in verständiger Weise die gewerkschaftlichen Bestrebungen unterstützen. Der Jugend stellte er die Alten als Vorbild hin und forderte sie auf, ihnen nachzueifern.

### Eingegangene Schriften und Bücher (Besprechung vorbehalten)

Die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September ist für Arbeitgeber und Arbeitnehmer von größter Bedeutung. Weite Kreise müssen sich jetzt über die einschneidenden Maßnahmen zur Unterschreitung der Tarife bei Neueinstellungen unter anderem unterrichten. Hierzu wird der soeben erschienene erste Kommentar von Ministerialdirektor Dr. Sijler, und Ministerialrat Goldschmidt von außerordentlichem Wert sein, um die durch die vielfältigen neuen Vorschriften entstehenden Zweifelsfragen maßgebend zu erklären. Die Verfasser waren mit der Ausarbeitung der Verordnung als Referenten im Reichsarbeitsministerium amtlich beauftragt. Sie sind mit der ganzen Materie und mit allen Einzelheiten in erster Linie vertraut und berufen, der Praxis die nötigen Anweisungen für die Anwendung der Verordnung zu geben. In der Einleitung wird zunächst ihr Inhalt und ihre praktische Bedeutung übersichtlich dargelegt. Dann folgen die eingehenden Erläuterungen, die sehr zweckmäßige tabellarische Berechnungen über die Auswirkung der Tarifunterschreitungen enthalten und bereits die wichtige Durchführungsverordnung vom 14. September, die im genauen Wortlaut abgedruckt ist, berücksichtigen. Das Buch ist im Taschenformat der bekannten „blauen“ Gesetzausgaben des Verlags J. Neumann, Neudamm, Berlin, Leipzig erschienen. Der Preis beträgt 2 Mk.

„Die Niederschlagung der Hauszinssteuer.“ Von Bankdirektor a. D. Rud. Körfer, Steuerfachverständiger. Preis 2 Mk. Zu beziehen durch den Verfasser in Bonn, Erntekreuzstraße 1, Postfachkonto Köln 108 131.

„Der Bücherkreis.“ Vierteljahrsschrift. Redigiert von Karl Schröder. 8. Jahrgang, 1932, Heft 4. Sonderheft „Krise“. Verlag „Der Bücherkreis, G. m. b. H.“, Berlin SW 61. III, 16 Seiten. Preis 30 Pf.

Mit fettigem Schmutz an Zeug und Händen räumt

# GEG-Pressantseife

spielend auf Sie enthält ein wirksames Schmutzlösemittel



Nur aus Ihrem Konsumverein

### Ausgezeichnete Zigarillos

(Nr. 54) ca. 8 cm lang, voll. Format, nur 2 1/2 Pf. d. Stück (nur in Packg. zu 200 Stück). Pr. Qualität, sehr preisw. Garantie: Nichtgefallendes nehme auf meine Kosten zurück. — Versand per Nachnahme. Karl Pfattheicher, Zigarrenfabrik Blankenloch W 64 bei Karlsruhe

ALLES BILLIGER! Westfalia Werkzeug Co. Hagen 101 i. W. Werkzeugliste gratis

Lest den Volksfunk!

R. v. Kühlmann Der Kettenträger Deutsch. Leben um 1930 Roman. Ganzl. 6.50 Mk. Bestellung an Verlagsanstalt „Courier“ GmbH., Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4.

EISU Stahl- u. Holz-Betten Schlafstimmer Stahlmatratzen Kinderbett, Polster, Chaiselong, an jeden Teila. Katalog 295 frel. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür)



# Togal

unübertroffen bei Rheuma / Gicht Kopfschmerzen Ischias, Hexenschuß u. Erkältungskrankheiten. Stark harnsäurelösend, bakterientötend! Absolut unschädlich! Ein Versuch überzeugt!

Werbt für den Gesamt-Verband!

# Enorm billige Preise!

## Sie Pfennige...

### die weltberühmten Wiesentaler Qualitäts-Webwaren!

Bestellen Sie bitte sofort, durch Direktkauf bei uns sparen Sie viel Geld!

- 14 **Weißes Wäschetuch**, aus feinen Garnen gewoben, unbedingt gebrauchsfähig, mittlere, leichtere Qualität, ungeheuer billig, 70 cm breit ..... per Meter **0.18**
- 218 **Hemdenflanell**, rohweiß mit schönen, eingewobenen Streifen, garantiert waschecht, denbar günstig, warme Sorte, 70 cm breit ..... per Meter **0.25**
- 33 **Echt Wiesentaler Wäschetuch**, eine richtige Sonderqualität, rein weiß, fest und dicht gewoben, zu allem verwendbar, weit unter norm. Preis, vollständig fehlerfrei, 80 cm breit, per Meter nur **0.30**

### Ausnahme-Posten

- 1010 **Körper-Hemdenflanell**, „Extra stark“, rohweiß mit waschechten Streifen, denbar dicht und fest, innen moilig warm, unverwüstlich, fast eisenhart, so richtig strapazierfähig, ca. 80 cm breit ..... per Meter **0.38**
- 780 **Halbleinen für Kissen und Betttücher**, gute, dichtfädige Mittelqualität, ohne Füllappretur, weiß, fest und dicht gewoben, ungeheuer billig, 150 cm breit, per Meter RM. 1.25, 80 cm breit ..... per Meter **0.68**
- 558 **Fertige Kissen**, aus bestem dichtem Wäschestoff hergestellt, garantiert erstklassiges Fabrikat, ohne Füllappretur, sorgfältige Näharbeit, rein weiß u. gebrauchsfertig, 80/80 cm groß, per Stück **0.75**
- 1090 **Warmer Frauen- und Mädchenkleiderstoff**, garant. waschechtes Fabrikat, mittelfarb., nobel. Musterung, überall zu tragen, garantiert nur neue, schöne Ausführung, 70 cm breit ..... Ausnahmepreis per Meter nur **0.48**
- 776 **Streifendamast**, (Stangenleinen), blütenweiß, schön glänzend, aus vorzügl. Edelfarnen gewoben, fein und dicht, eine bevorzugte Edelorte, 130 cm br. p. Meter 0.93, 80 cm br. p. Meter nur **0.63**

### Sonderangebot

- 576 **Warme Winterchlupfhoje**, sogenannter Futterchlupfer, sehr gutes, haltbares Fabrikat, inn. moilig weich, moderne Farben, garantiert waschecht, alle Größen, nicht mit gewöhnl. Qualit. vergleichbar, p. Stück nur **0.75**
- 1025 **Beste Winter-Blüschhoje**, wirklich ganz hervorragende warme Qualität, welche wegen ihrer Strapazierfähigkeit äußerst beliebt ist, zartweich und stark, viele Farben, alle Größen ..... per Stück nur **0.95**
- 362 **Hausfrauen-Schürzenstoff**, allerbeste und stärkste Qual., eine schwer. Hausmacherfort., ungeheuer billig, nur beste Muster, einfarbig, gestreift oder kariert, normaler Preis bis RM. 1.20, ca. 120 cm br., p. Meter nur **0.68**

Außerdem schöne Zugaben in Ware oder bar laut unserer Hauptpreisliste. Auch die kleinste Bestellung wird sorgfältig erledigt. Lieferung ab 20.- RM. sogar portofrei. Ihre Sicherheit: Sollten Sie an der Ware auch nur das Geringste auszufehen haben, so tauschen wir dieselbe um oder zahlen das Geld anstandslos zurück.

Bei Angabe der behördlichen Stellung 2 bis 4 Monatsstaten!

Verlangen Sie heute noch unsere reichhaltige Preisliste oder kleine Musterproben, welche wir kostenlos zusenden.

## Textil-Manufaktur Haagen

### W. Schöpflin, Haagen 485 A, (Bad.)

Stammhaus gegründet 1906 — Eigene Stoffabfertigung — Wäschefabrikation — Großvertrieb.